

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 M. Anzeigenpreis die 5 geprägte Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Selterstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Selterstraße 19 zu richten

## Menschenwürde.

Was ist Menschenwürde? Sie ist unabhängig von jedem äußeren Reichtum, von hohen Lebensstellungen. Sie ist einem sehr kleinen, weichen Kleide vergleichbar, das wir uns ganz allein beschleben und ganz allein zerreißen können. Es ist ganz unempfindlich gegen Stich und Stich der andern. Um so empfindlicher aber gegen unsere eigene Unachtsamkeit.

Welch verpflichtet, wie viel mehr verpflichtet uns unser Menschentum zum Aufwärtsstreben und Vollkommenwerden.

Wichtige Selbstachtung ist stets barmherzig. Sie rechnet mit Fehlern und Schwächen ebenso gut wie mit den guten und großen Seiten, die uns von Natur angehören. Man kann kaum etwas Besseres, Erfolgreicheres tun, als seinen Stolz zu Hilfe rufen, wenn wir ins Tierische zurückfallen wollen.

Man muß zu stolz sein, um sein Ehrenkleid zu beschleben und als „unsauber“ in Handel und Wandel einzustehen. Das wahre Glück besteht nicht darin, daß die Menschen Gutes von uns denken, rühmend von unseren Verdiensten reden, sondern daß eine innere Stimme uns beipflichtet, freispricht.

Lähmend für alles Wollen ist verschämte Selbstachtung; was kann es zu unserem Glück beitragen, wenn unsere eigenen Gedanken anfliegend den Bravotaten der Menge widersprechen! Darum: nur nach dem etauen muß du trachten:

Sei würdig stets, dich selbst zu achten,  
Dann bist du wunderbar gesezt.  
Und was die draußen ging versorct,  
Ward neu dir, in dir selbst geboren,  
Dein Eigentum für alle Zeit.

## Vertrauensmann.

Die Vertrauensmänner sind die Pfeiler, auf denen sich das stolze Gebäude der Organisation erhebt.

Nur wenige Außenstehende haben eine Ahnung davon, welche Unmenge Kleinarbeit unsere Gewerkschaftsbewegung erfordert, um ihren gestellten Aufgaben gerecht zu werden und auf der vorgezeichneten Bahn weiter zu kommen. Die Organisation bedarf zur Bewältigung dieser Arbeit einer großen Anzahl geschulter, gesättelter und arbeitsfreudiger Kollegen, die als Vertrauensmänner im Dienste der gesamten Kollegenschaft zu wirken bereit sind. Von der Art ihrer Tätigkeit ist das Wohl und Wehe der einzelnen Zahlstellen und damit auch der Gesamtorganisation abhängig. Insgegessen kann man ruhig sagen: „Der Vertrauensmann posten ist der wichtigste in der ganzen Arbeiterbewegung!“

Er ist über nicht nur ein arbeitsreicher, sondern auch ein ehrenvoller Posten, wie es ja schon durch den Titel: Vertrauensmann ausgedrückt ist. Ehre, wem Ehre gebührt; die Arbeit eines pflichtbewußten Vertrauensmannes verdient die größte Anerkennung, und ihre Tätigkeit ist außer Ehren wert. In ihr liegt die Ausricht auf den endlichen Erfolg der Aufwärtsbestrebungen unseres Arbeiterstandes.

Bei dieser gewaltigen Bedeutung der Vertrauensmänner muß auf deren Heranziehung und Ausbildung der größte Wert gelegt werden; das ist eine der wichtigsten Aufgaben der freigestellten Beamten, und örtlichen Vorstände. Die Wahl der Vertrauensmänner darf nicht dem Zufall überlassen bleiben, sondern schon vorher müssen die geeigneten Kollegen ausgesucht und Rücksprache mit ihnen genommen wer-

den. Die Beamten und örtlichen Väter müssen sich zu diesem Zwecke eine genaue Kenntnis der Verantwortung und Charaktereigenschaften der einzelnen Mitglieder anzuzeigen suchen, damit die richtigen Mitglieder an die richtige Stelle gesetzt werden können. Dadurch wird dann verhindert, daß ungeeignete Personen durch bloßen Zufall gewählt werden, die den Erwartungen der Mitglieder nicht entsprechen, ihren Posten nicht ausfüllen oder auch nicht ausfüllen können, und so statt zum Erfolgen zum Rückgang der Zahlstellen beitragen. Bei einem guten Vertrauensmann müssen sich folgende Eigenschaften vorstudieren:

### 1. Neuer Eifer für die gute Sache.

Wenn wir vorhin sagten, daß der Vertrauensmann die wichtigste Person sei, so müssen wir hinzufügen, daß er auch die schwersten Opfer zu bringen hat, und nur derjenige Kollege, welchem Arbeitslust, Arbeitsfreude und Opfermut innenwohnt, wird auf die Dauer diesen Posten vollgültig ausfüllen. Jede Zeit und Gelegenheit muß er freudig ergreifen, um im Interesse seiner Kollegen und des Verbandes zu wirken. Derjenige, der nur das tut, wo er statutenmäßig strikt verpflichtet ist, wird nicht das Prädikat eifrig verdienen, und sein Beirat wird sich bei dieser automatischen Arbeitsleistung kaum heben. Er muß sich bewußt sein, daß er nicht nur für die Stunden, wo er notwendig verpflichtet ist, das Verbandsorgan zu verteilen und die Beiträge einzusammeln, von den Mitgliedern als der Mann ihres Vertrauens gewählt ist, sondern daß er jede Minute ausnutzen muß, um seinem Namen Ehre zu machen.

### 2. Gewissenhafte Pünktlichkeit.

Sehr oft hört man von den Mitgliedern klagen, daß sie das Organ unregelmäßig erhalten und daß die Beiträge nicht pünktlich abgeholt würden. Diese Nachlässigkeit kann nicht scharf genug gerügt werden. Der Vertrauensmann muß es als seine strenge Pflicht ansehen, jedem Mitgliede das Organ so bald wie möglich zu überbringen. Ebenso notwendig ist das pünktliche Einlassen der Beiträge. Manches Mitglied kommt deshalb in Rückstand mit seinen Beiträgen, weil der Vertrauensmann nicht pünktlich seines Amtes walzt. Zunächst muß die geeignete Zeit zur Beitragsabrechnung immer regelmäßig benutzt werden.

Wird dann der eine oder andere Kollege nicht angekommen oder der Beitrag aus anderen Gründen nicht gleich entrichtet, so darf mit dem Mahnen nicht bis zum nächsten regelmäßigen Gang, wie das oft geschieht, gewartet werden, sondern so bald wie möglich muß ein zweites Mal vorgesprochen werden. Wenn die Mitglieder wissen, daß der Vertrauensmann auf pünktliche Zahlung bestellt, werden sie sich schnell daran gewöhnen und das Bestreben der Beiträge trotz in solchen Bezirken zu den Seltenheiten gehören. Die Pünktlichkeit des Vertrauensmannes aber wird sich schnell auf die Mitglieder übertragen haben.

### 3. Schulung und Intelligenz.

Der Vertrauensmann ist gleichsam der wandernde Apostel in der Zahlstelle. Er steht mit den einzelnen Mitgliedern in der engsten Verbindung. Nicht oft wird er da Gelegenheit haben, sich mit diesen und auch mit anderen Familienangehörigen über die verschiedenen Gebiete zu unterhalten, manche Fragen zu beantworten, manche wankelmütige und zahligmüde Hausfrau über Zweck und Ziel der Organisation aufzuklären usw. Ist der Vertrauensmann dann besonders auf dem Gebiete der Organisation bewandert, ist er in der Lage, die Vorteile der Organisation den Leuten in passender Weise klar zu machen, die an ihn gestellten Fragen zu beantworten, dann wird er auch ausgesetzte Mitglieder und zahligmüde Frauen erziehen. Das Lesen des Organs vor dem Austragen muß ihm zur zweiten Natur geworden sein. Immer wieder wird er etwas Interessantes finden, worauf er hindeutet oder jenen Kollegen aufmerksam machen kann, um so auch die Mitglieder allgemein zum eisigen Lesen des Organs

zu erziehen. Selbstverständlich muß der Vertrauensmann auch andere, sich auf die Gewerkschaftsbewegung beziehende Broschüren und Schriften eifrig studieren, um so eine allgemeine genaue Kenntnis der Arbeiterbewegung zu erlangen.

### 4. Kollegiales, freundliches Benehmen.

Hin und wieder ist darüber gesagt worden, daß mancher Vertrauensmann allzu kurz angebunden und seine Besorgungen recht univirsch ausführt; daß die Beiträge in schroffer, barscher Form verlangt werden. Ein solches Benehmen wird nicht anziehend, sondern kann bei empfindlichen Leuten abstoßen. Wir wissen wohl, und die Mitglieder mögen dies auch berücksichtigen, daß den Vertrauensmännern die Zeit oft kurz bemessen und es ihnen nicht immer möglich ist, sich in lange Unterhaltungen einzulassen. Dennoch wird es jetzt möglich sein, einen freundlichen Blick und ein freundliches Wort den Mitgliedern oder deren Angehörigen zu gönnen. Auch das Einklassieren der Beiträge kann ebenso gut im höflichen, anständigen, als im barschen Tone geschehen. Der Vertrauensmann muß sich befleißigen, als guter Freund der Kollegen und deren Angehörigen zu gelten. Wegen der Abneigung gegen irgend einen Vertrauensmann hat schon mancher Kollege dem Verband den Rücken gekehrt. Schließlich sei noch erwähnt, daß der Vertrauensmann das Organ selbst austragen muß. Das Austragen durch Kinder, was sehr häufig geschieht, darf nur im äußersten Notfalle geschehen. Am besten ist, wenn sich jeder Vertrauensmann für etwaige Notfälle einen Stellvertreter aus seinem Mitgliederkreise erzogen hat.

### 5. Neuer Verkehr mit dem Vorsitzenden.

Durch den ständigen Verkehr mit den einzelnen Mitgliedern ist der Vertrauensmann meistens besser unterrichtet, als der Vorsitzende selbst. Diesem muß er seine Erfahrungen mitteilen. Er hört die Wünsche und Anforderungen der Mitglieder bezüglich der Abschaffung dieses oder jenes Missstandes; dort ist ein Mitglied, welches seinen Austritt erklärt und so manches andere mehr. Mehrmals ist es schon vorkommen, daß Krankmeldungen dem Vertrauensmann gemacht, von diesem aber dem Vorstand nicht weiter gegeben wurden, so daß die Anmeldung an der Zentrale gar nicht oder zu spät erfolgte, was dann wieder große Unannehmlichkeiten zur Folge hatte. In allen derartigen Angelegenheiten ist es Pflicht des Vertrauensmannes, dem Vorsitzenden recht schnell und eingehend zu berichten, damit dieser die notwendigen Vorkehrungen treffen kann.

### 6. Nicht allzugroße Empfindlichkeit.

Leider ist der Vertrauensmann nicht auf Rosen getötet. Manche Widerwärtigkeiten treten ihm auf seinem Rundgang entgegen. Manches unangenehme Wort bekommt er zu hören. Die Opfer, die er für seine Kameraden bringt, werden verkannt und vielleicht mit Undank vergolten. Dieses gibt nur manchen Kollegen Veranlassung, von seinem Posten zurückzutreten. Wenn es auch hart ist, auf solche Art seine Arbeit entlohnzt zu sehen, so muß sich doch der eifrige Gewerkschaftler und Vertrauensmann sagen, daß er nicht um sich den Dank Einzelner zu erwerben, sich in den Dienst der guten Sache stellt, sondern um Pionierarbeit für die gesamte Arbeiterbewegung zu leisten. Auch ist es nicht angebracht, solchen verärgerten Kollegen mit gleicher Münze heimzuzaubern, sonder man möge denselben in ruhiger, wenn auch entschiedener Weise das Unrichtige ihres Benehmens klar machen. Meistens wird dann das fernere Verhältnis recht zufriedenstellend sein.

Auß dem hier Angeführten ist deutlich zu erkennen, daß das mit einem Vertrauensmannes das schwierigste und wichtigste in den örtlichen Zahlstellen ist, und man nicht leichtlich den ersten besten dazu wählen kann. Wo aber ein Vertrauensmann einigermaßen vaterbildende Eigenschaften besitzt, wird ihm der Erfolg nicht ausbleiben.

Mögen aber auch alle Mitglieder der großen Organe eingedenkt sein, welche gerade die Vertrauensleute

für sie und die gesamte Organisation bringen. Seit wir ihnen deshalb, ihre Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Megen wir uns nicht gleich über eine kleine Unmöglichkeit auf und sorgen wir ganz besonders, daß wir stets die Befräge für ihn bereit haben. Diejenigen Kollegen, die ein solches schweres und verantwortungsvolles Amt nicht übernehmen wollen oder können, haben dann wenigstens die heilige Verpflichtung, dem, der in arbeitsfreudiger und überwältiger Weise für die Gesamtheit zu arbeiten bereit ist, diese mitheilende Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern. — Unsere wackeren, pflichtbewußten Vertrauensmänner aber dürfen stolz sein auf das Bedeutungswerte und ehrende Amt, das ihnen durch das Vertrauen der Kollegenschaft übertragen ist. Sie können auch versichert sein, daß ihre Mithilfe und Arbeiten Anerkennung und Lohn bei allen Eidernden finden. Und nun weiter gearbeitet zum Wohle der Gesamtheit und unseres Verbandes im Sinne der schönen Dichterworte:

Willst Gutes Du und Schönes schaffen,  
Das lebendig soll das Leben mehr,  
Mußt Du Dich ernst zusammenrücken,  
Und darfst nicht fahren' n der Arbeit Schwere.  
Da hilft kein Schwärmen blos und Hoffen,  
Kein Traum von flüchtiger Entfaltung;  
Nein, ringen mußt Du mit den Stoffen,  
Und stark sie anwingen zur Gestaltung.

### Zur Reform der Arbeiterversicherung.

Mit der Reform der Arbeiterversicherung soll nun mehr Ernst gemacht werden. Um Unterlagen hierfür zu gewinnen, hat der Staatssekretär des Innern Vertreter der verschiedenen an der Reform interessierten Gruppen für Ende Oktober zu dem Reichsamt des Innern stattfindenden Sitzungen eingeladen. Die Verhandlungen sollen sich erstrecken auf die Reform der Krankenversicherung (innere und äußere Organisation sowie das Streitverfahren); die Umgestaltung der anderen Zweige der Arbeiterversicherung und die Regelung der Verhältnisse der Krankenkassen zu den Bahnärzten und den Apotheken.

Nur Besprechung der Fragen über die Reform der Krankenversicherung sind geladen: Vertreter der Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen, der Knappmachts-Krankenkassen, der freien Kassenkassen sowie der Kassenbeamten.

Den Verhandlungen über die Krankenversicherungsreform dienen folgende Fragen als Unterlagen:

- Wie ist bei einer Reform der Krankenversicherung die äußere Organisation der Krankenkassen zu gestalten? Wie ist dabei dem Verhältnisse nach größerer Zentralisation Rechnung zu tragen?
- Insbesondere:

a) Ist die Gemeindekrankenversicherung als zulässige Form der Versicherung zu beseitigen?  
b) Welche der nach dem Krankenversicherungsgesetz zugelassenen Kassenarten sind beizubehalten, welche zu beseitigen?  
c) Inwieweit ist die Zentralisation namentlich der Orts-Krankenkassen durch Gesetz vorzuschreiben, inwieweit ist die Beteiligten nur zu erleichtern?

### In der Gießerei.

Bon Max Syth.\*)

In Staub und Asche, in Sand und Lehm,  
Auf den Knieen meist, nicht allzu bequem,  
Man glaubt es leicht, daß die Gießerei  
Kein wunderlich handwerk sei.

Nur der Neine Peter, das schwarze Gesicht  
In grimmigen Falten, der glaubt es nicht.  
Er wird ordentlich zornig und schimpft und flucht  
Wenn man es ihm deutlich zu machen sucht.

In der höchsten Halle der ganzen Fabrik  
Dort bin ich zuhause zu eurem Glück.  
Als grüben wir Gold in Staub und Rauch,  
So sieht es drin aus, und das graben wir auch.

Was gäb es zu feiern, zu meißeln für euch,  
Wär' ich nicht Meister in meinem Reich?  
Wo nähmt ihr ihn her, euren Tagessold,  
Wenn ich nicht formen und gießen wollt?

Sie lachen, wenn er sich zur Arbeit lehrt.  
Der Neine Peter fühlt seinen Wert.  
Mit Lehm und Ziegeln — ein stattlich Gewicht  
Geschwindet im Boden sein rüssig' Gesicht.

Es ist ein Schaffen wie Knappenwerk,  
Hier sinkt eine Grube, dort wächst ein Berg.  
Das wühlt und wimmelt, das mauert und flebt.  
Bis sich die Form aus dem Grunde erhebt.

\* Dies "Bied der Arbeit" bringen wir mit Genehmigung des Verlages der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart aus dem Werk „Hinter Pflug und Schraubstock“. Szenen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs von Max Syth. Vollausgabe in 1 Bande, geb. 5 Mark. — Schon in einer zweitägigen Ausgabe hat das Buch 6 Auflagen erlebt. Wer selbst arbeitet oder Achtung vor der werktätigen Arbeit empfindet, wird das Buch mit größtem Interesse lesen und herzliche Freude darüber haben. Der Schaffende verbündet ein wundervolles Erlebnisbuch mit frischem Humor, ohne das erstaunliche Moment außer Acht zu lassen. Ein lebenswertes Buch für jeden Arbeiter.

- Wie soll für den Fall des Zusammenbruches die Ansehbarkeit zwischen den beteiligten Kassen (Initiativkreis des Reichsgerichts, des Reichsrats usw.) geregelt werden?
- Wie ist für die Folge das Verhältnis der abgeschiedenen Kassenklassen zu den Pflichtklassen des Krankenversicherungsgesetzes zu gestalten?
- Welche Abänderungen bedarf die innere Organisation der Krankenkassen?

Zusätzlich:

- Um welchem Verhältnisse sollen Rechte und Pflichten der Kassenverwaltung zwischen den Kassenmitgliedern und ihren Arbeitgebern geregelt werden?
- Empfiehlt sich zur Erhaltung eines Ausgleichs zwischen wirtschaftenden Interessen beider Gruppen die Einsetzung eines unparteiischen Vorstandes?
- Zur direkten gesetzlichen Einführung der Verhältniswahl bei den Krankenkassen auch den Minderheitsgruppen eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung zu sichern?
- Was sind die Verhältnisse der Kassenbeamten zu regeln?

III. Wie ist das Beziehen und der Zusatzentzug in Streitfällen der Krankenversicherung zu gestalten? Insbesondere ist eine Vereinbarung mit dem Verhältnis und dem Zusatzentzug bei den übrigen Zweigen der Arbeiterversicherung angestrebt.

An den Konferenzen über die Umgestaltung der einzelnen Zweige der Arbeiterversicherung werden teilnehmen: Vertreter der Landesversicherungsanstalten, und zwar sowohl beamte Mitglieder als Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den Vorständen; Vertreter der gewerblichen und landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesellschaften sowie als Vertreter der der Unfallversicherung unterliegenden Arbeiter eine Reihe nichtständiger Mitglieder des Reichsversicherungsaamtes.

Der Antragsvorlage für die Erörterung der letzten Angelegenheiten entfällt nach Aufführung einiger für die Reform der Arbeiterversicherung besonders in Betracht kommender Gesichtspunkte die nachstehenden Fragen:

a) Wie ist der gemeinsame betliche Unterbau (das „Versicherungsaamt“) zu gestalten? Empfiehlt sich insbesondere seine Aufteilung an die untere Verwaltungsbehörde?

b) Welche Aufgaben sind dem „Versicherungsaamt“ zuzuweisen? Soll es insbesondere neben solchen Aufgaben, die bisher staatliche oder kommunale ntw. Stellen erledigen, dazu berufen werden, die Versicherungssträger auch in der Wahrnehmung gewisser ihnen eigener Geschäfte zu unterstützen oder sie dabei freistellende Aufträge zu vertragen, Bescheinigungen, welche Aufgaben der Versicherungssträger ihnen dabei in Betracht kommen?

c) Wie ist die mittlere Instanz (das „Oberversicherungsaamt“) zu gestalten? Empfiehlt sich insbesondere ihre Aufteilung an die obere Verwaltungsbehörde unter gleichzeitiger Übertragung der bisher den Schiedsgerichten obliegenden Aufgaben?

d) Empfiehlt es sich, dem Oberversicherungsaamt einen Teil derjenigen Verwaltungsscheidungen zu übertragen, für die gegenwärtig das Reichsversicherungsaamt zuständig ist (z. B. in Staatsstreitigkeiten, bei Tarifbeschwerden und dergl., unter Vorbehalt der Revisionsbeschwerde an letzteres (d. h. der Beschwerde für Rechts- und gesetzliche Tatsachen)?

e) Wie kann bei rechtlich erzwingbaren Ansprüchen der Versicherer unter Wahrung des Rechtes des Versicherungssträgers, zu solchen Ansprüchen an sein Vermögen

gründlich selbständige Stellung zu nehmen, dem Alle der Menschenfeind mehr als bisher der Charakter einer tatsächlichen Feindschaft gegeben werden? Soll insbesondere das Reichsversicherungsaamt veranlaßt sein, die Entscheidung vorausbereiten? Bis seiner amtlichen Bekanntmachung für die Entscheidung die Bedeutung eines bloßen Gutachtens beizulegen oder darüber hinaus die eines Vorschlags, der für den Versicherungsträger zwar nicht bindend ist, über den er sich aber auch nicht ohne weiteres hinwegsetzen darf?

f) Wie ist der Zusatzentzug für das Rentenfeststellungsverfahren zu gestalten?

Bei der Besprechung der Verhältnisse der Krankenkassen zu den Bahnärzten und Apothekern wird es sich insbesondere darum handeln, ob bei der Behandlung von Bahnkrankheiten neben den Bahnärzten auch die Bahnärzte gesetzlich allgemein für die Krankenkassenmitglieder zugelassen sind; ob die freie oder die beschränkte Apothekenwahl gesetzlich festzulegen ist und ob den Krankenkassen in besonderen Fällen die Entnahme bestimmter Heilmittel aus den Drogerien zu gestatten ist. Auch wird die Frage des Selbstdispensierrechts der Krankenkassen berührt werden können. — Zu diesen Verhandlungen werden zugezogen: Vertreter der Krankenkassen, der Bahnärzte, Bahnärzte, der Apotheker und der Drogerien.

An allen Konferenzen werden außerdem teilnehmen: Vertreter des Reichsversicherungsaamtes, der Landesversicherungsanstalten sowie der Reichs- und Landeszentralbehörden.

Die vom Reichsamt des Innern gestellten Fragen sollen nicht etwa ein bindendes Programm der Regierung darstellen, oder den Kreis der zu besprechenden Fragen beschränken; sie sind vielmehr lediglich dazu bestimmt, einen vorläufigen Inhalt für den äußeren Gang der Verhandlungen zu bieten. Die Erörterung weiterer die Reform der Arbeiterversicherung betreffender Einzelfragen grundsätzlicher Art soll jedenfalls mit der Aufstellung dieser Fragen nicht abgeschlossen sein.

Wie die Tagesblätter berichten, haben die diesbezüglichen Konferenzen am 23. Oktober im Reichsamt des Innern schon begonnen. Zu sämtlichen Verhandlungen sind die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitgeber in gleicher Zahl eingeladen. Es kommen alle in den Arbeiterkreisen vertretenen Richtungen zu Worte. Die Beratungen des 23. Oktober galten hauptsächlich der Reform der Krankenversicherung. Hier wird es sich insbesondere darum handeln, wie bei einer Änderung des Krankenversicherungsgesetzes die äußere und innere Organisation der Krankenkassen zu gestalten und wie das Verfahren und der Zusatzentzug in Streitfällen der Krankenversicherung neu zu regeln sind.

### Sozialdemokratische Gewerkschaftsarbeit und ihre „Erfolge“ im Mannheimer Industriegebiet.

Es ist schon oft nachgewiesen worden, daß sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften in vielen Fällen bei der Zusammensetzung von Lohnkämpfen von ganz anderen Mo-

Und füllt, entzündend die schwärzeste Nacht,  
Die feurige Masse hinab in den Schacht.

Wie der Bau erzittert im plötzlichen Kampf,  
Die Form sich hebt im wassenden Kampf,  
Wie es gurgelt und knallt und bläst und braust,  
Und aus zwanzig Löchern die Flammen faust.

Er steht auf der Form, vom Feuer umloht,  
Wenn sie bricht, ist es sicherer, grafflicher Tod,  
Der Neine Peter in Donner und Blitzen,  
Wie der große Napoleon beiusterlich.

Nun ist es geschehen, noch einmal zieht  
Ein Glottern empor, eh' alles erfischt,  
Schwer qualmt es lang aus dem Grunde heraus,  
Doch plaudernd gehen die Leute nachhaus.

Sie fragen sich, ob es gelungen sei,  
Es kostet noch Tage zwei oder drei,  
Dann bricht man zum Jubel der ganzen Fabrik  
Aus den rauchenden Trümmern ihr Meisterstück.

Still geht auch Peter, er geht zuletzt,  
Ein wenig müde und abgehetzt,  
Die Hände verbrannt, das Gesicht verstaubt,  
Mit lässigem Gang und gesenkten Haupt.

Er schlafst schon fest und sieht wie im Traum  
Die Leute nicht mehr, die Straße kaum.  
Doch sieht er sein Werk, wie es lebt und lebt,  
Und ein Schiff durch rauschende Wogen treibt.

Durch schimmernde Meere in süssiger Ruh,  
Durch Eis und Stürme den Polen zu,  
Mit Wundern beladen, mit Gold und Glück,  
Von fernem Gestaden zur Heimat zurück.

Wer sieht es ihm an, wenn er so geht,  
Dass er die Welt, so sieht sie sich breit,  
Mit all ihrem Reichtum, mit all ihrer Kraft,  
Wieder ein Stückchen weiter gebracht!

Unförderliche Massen, plump und schwer  
Mit Höhlen und Gassen in Kreuz und quer;  
Was voll ist, wird hohl, und was hohl ist, voll,  
Nur Peter weiß, was draus werden soll.

Das Giehende hängt und das Hängende fleht,  
Zu des Formers Gehirn ist alles verdreht.  
Das ist eine Kunst, die der Himmel schenkt,  
Nicht jedoch kann denken, wie Peter denkt.

Und schlüpft er heraus aus dem greulichen Van,  
Erklärt er voll Eifer dir alles genau;  
So glaubst du ihm kaum, daß, was dich verwirrt,  
Ein Schlossmaschinenzylinder wird.

Zeigt stößt der Lärm, die Arbeit ruht,  
Doch seierlich wird es allen zumut.  
Der Meister bietet dir kaum einen Gruß,  
Es ist seine Stunde, heut' kommt der Kuß!

Dort hinter im Winkel faust das Gebiss,  
Der turmhöhe Ofen in vollem Geiß,  
Schlingt Wölfen und Eisz und küßt in den Leib,  
Als fräße er alles zum Zeitvertreib.

Dann speit er mit zornigem Knall und Gefragt  
Die Flammengarben über das Dach.  
Im knisternden Innern, glühend heiß  
Sießt in Büchern der eiserne Schweiß.

Beim Leute stehen zur Arbeit bereit  
Um Kessel und Räpse und warten der Zeit.  
Es wird spät. Schon dümmert's im weiten Haus.  
Geßt! Achtung, Kameraden! den Zapfen heraus!

Und ein Glutstrom bricht aus dem Dunkel grell,  
Mit Sprühen und Sprühen ein wütender Quell.  
Es füllen die Kessel sich groß und klein  
Mit dem weißen, brodelnden Feuerzähm.

Weißäugige Rahmen schwingen sic fort,  
Man hört nur Peters Kommandowort.  
Sie steigen, sie jagen sich ohne Lust,  
Wie wenn Geister frügen die glühende Lust.

Zeigt neigt sich der erste, der blühende Strom  
Erleuchtet die Helle bis unter den Dom,

eben lassen lassen, als von dem rechten Bestreben, der in Frage kommenden Arbeiterschaft zu urtheilen. Der Betriebskampf, wo bei Kämpfen, die angeblich zur Vesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt wurden, aber tatsächlich in erster Linie das sozialdemokratische Parteiinteresse im eigentlichen Sinne der wahre Hintergrund war, gibt es genug. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß noch fast alle von sozialdemokratischer Seite unternommenen größeren Streiks verloren gingen. Gingegegen seien wir auf der anderen Seite, wenn die christlichen Gewerkschaften auf Grund unholstbar gewordener Zustände zur Waffe des Streits greifen müßten, daß deren Kämpfe im Verhältnis zu jenen günstig für die Arbeiter ausgingen. Erinnert sei nur an den Kampf des christlichen Metallarbeiterverbandes auf der Burbacher Höhe, wo dieser zum ersten Male bem in ein Höchstmauerwerk herrschenden Unternehmerabsolutismus ernstlich entgegentrat und durch die Erfüllung der Koalitionsfreiheit den Weg für die weitere Gewerkschaftsarbeit freimachte.

Da muß nun einem jeden aufgelaufenen Feind der Arbeiterbewegung sich unwillkürlich die Frage aufdrängen: Woher kommt das? Diese Tatsache ist eben darauf zurückzuführen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihre Führer in erster Linie die Provokation des Massenkampfes und die Schärzung des Klassehasses gleich der mit ihnen verbündeten Partei in den Verderb und ihrer Ziele stellten. Dieses führte in der Praxis derselben dazu, möglichst in radikalem Draufgängerum zu machen, um in den Augen der breiten Arbeitermassen ja recht arbeiterfreundlich zu erscheinen. Der Auspruch Webele: „Es kommt uns zunächst nicht darauf an, dieses oder jenes zu erreichen, sondern daß wir Fortbewegungen stellen, die keine andere Partei stellen kann“, wurde auch auf die Gewerkschaften viefach angewandt.

In Beiden wirtschaftlichen Hochkonjunkturen, wo kein Überangebot an Arbeitskräften, eher das Gegenteil, vorhanden ist, konnten dann manchmal auch weitgehende Fortbewegungen durchgedreht werden. So wurden dann derartige Bewegungen meistens mit großem Tantam begonnen und abgeschlossen. Besonders aber wurden derartige nur auf Grund der jeweils obwaltdenden außergewöhnlichen Verhältnisse gelungenen Putsches dann zu wüsten Agitationszwecken benutzt, nur um noch mehr Arbeiter in die Nähe der sozialdemokratischen Organisationen zu holen.

Dass es dabei an Verfehlungen der christlichen Organisationen nicht fehlte, versteht sich bei der angeborenen „Wahrhaftigkeit“ der sozialdemokratischen Führer am Ende. Aber ebenso ist es verständlich, daß den nach allen Seiten hin agierenden Führern keine Zeit zur Erziehung für die später praktische und schwieriger sich gestaltende Gewerkschaftsarbeit, die nur durch eine möglichst weitgehende Schulung der organisierten Massen möglich ist, überliefert. Wenn man dieses auch versteht kann, so darf man es doch nicht entschuldigen. Im Gegenteil, die ganze Schwere der Verantwortung und aber auch die Folgen dieser vermeintlich Gewerkschaftsführer heute mit alter Wucht.

Als typisches Beispiel für das Mannheimer Industriegebiet mag der vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in den letzten Monaten geführte und verlorene Kampf bei der Firma Brown u. Boveri u. Cie. angeführt werden. Deutlicher wie noch kaum irgendwo, trat dort die Ohnmacht und Unfähigkeit der roten Führer, zu Tage. Da wurde schon bei Beginn des Streits im wahren Sinne des Wortes der Satz gerechtfertigt, „die Meister, die ich rief, die werde ich nicht mehr los.“ Offenbar aus Angst, einen großen Teil der seit Jahren irregeführten und mit Phrasen überfluteten organisierten Arbeiterschaft zu verlieren, vielleicht auch in der christlichen Hoffnung, ein eis. Feindschaften des Kampfes nachher auf die Christlichen abladen zu können, oder aber, wie man in Solingen f. B. mit dem Stahlwarenarbeiterverband unzuspringen bestieß, auch mit diesen zu versöhnen und die Mitglieder der christlichen Organisation dem sozialdemokratischen Verband einzubringen, schwiegen die faulen Führer oder sandten nicht den Mut, den von vorhersein aussichtslosen Kampf zu verhindern. Ja, mit der unschuldigsten Miene von der Welt stellte sich nachher einer derselben hin und suchte den irregeführten Arbeitern die Schuld für den blamablen Ausgang des Kampfes mit den Worten: „Ich habe keine Schuld daran. Ihr habt ja freilegen wollen.“ zu zuschieben. Als ob eine Organisation und deren Vertreter nicht unter solchen Umständen die Pflicht hätten, die Arbeiterschaft, wenn alle anderen Mittel versagt, zu deren eigenem Vorteil durch Verstärkung der Unterstützung zur Disziplin zu bringen.

Allerdings! Wenn man also mit jede gewerkschaftliche Aktion vom Standpunkt des innerstaatlichen Mitgliederschutzes ausführt, wenn man nur von sozialdemokratischen Endzielen, wie z. B. die Erringung der politischen und wirtschaftlichen Macht aus die Gewerkschaftsbewegung betrachtet, und sie auch jeweils zur Entwicklung dieser Zielse gebrauchen will, sind auch noch so sauer zusammengebrachte Gewerkschaftsgruppen gerade gut genug, um in unsinnigen Streits dieselben zu verbündern. Das muß dann für die Arbeiterbewegung sehr schädliche Wirkungen im Gefolge haben. Folgen, die sich wie allerböse beobachtet werden können, in der Bildung der falschen Gewerkschaften zeigen. Genau so wie anderwärts, können wir dieses ja auch schon im heutigen Industriegebiet beobachten. Sie sind die Folgen des Illkarabifismus, der früher gemacht und bis heute noch nicht eingelösten Versprechungen und der enttäuschten Hoffnungen, die geweckt wurden. Dazu kommt noch, daß eine große Masse von Arbeitern, angestellt von den materialistischen Grundäckern, den in ihnen gelebten egoistischen Gefühlen keinen Einhalt zu tun vermagte und nun in der gesetzlosenartigsten Weise mit der eigenen Arbeiterschaft an manchen Stellen Raubüber zu treiben begann.

Sieht man auf sozialdemokratischer Gewerkschaftsseite nicht bald von diesem Treiben ab, so wird es mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen im Mannheimer und Ludwigshafener Industriegebiet anstatt vorwärts, rückwärts gehen. Wie soll die Freiheit auf schwere in ihren Interessen geschädigte Arbeiterschaft bei jenen Gewerkschaftsführern bedenken, denen in ihrem verborgten Partisanismus die Partei Alles, aber das eigentliche Arbeitersinteresse schmiede ist. Historisch gesehen die Einsicht in den verhältnig deutenden Arbeiterskreisen ein Umfang, daß es so nicht weiter gehen kann und schließen diese sich den christlichen Gewerkschaften an.

Zugeschöpft wie bei der Firma Brown u. Boveri u. Cie. traten die vorhin geschilderten Eigentümlichen Praktiken auf den Streikwetten in dem verschlossenen und gegenwärtigen Streik in die Erscheinung. Man kann ruhig die Abschaltung vertreten, daß jeweils der größte Teil der dort gesetzten Arbeitserfordernisse gerechtfertigt war und doch die Art und Weise verurteilen, wie die an und für sich zum größten Teile berechtigten Forderungen im Laufe der Zeit von den sozialdemokratischen Gewerkschaften und speziell vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband durchzubringen versucht wurde. Was soll man — ohne Parteidritte — dazu sagen, wenn immer und immer wieder aus den Neustadt-Borromäusen, wie es hier die Jahre hindurch geschahen, zunächst eine große Staatsaktion gemacht und dann noch, wenn sich die hohen Gewerkschaften wieder beruhigt haben, doch wieder klein beigegeben wird? Zur Gestaltung eines ehräßlichen Arbeitsverhältnisses für die betätigten Arbeiter trägt dieses doch wahrscheinlich nicht bei. Ganz abgesehen davon, daß solches Maßnahmen gar nicht ungewöhnlich ist, den Unternehmern bestellt vor den Arbeitersorganisationen beizubringen, fordert es diese geradezu dazu heraus, es genau so zu machen und jede passende Gelegenheit dazu zu benutzen, den Arbeitern eins auszuwischen.

Das aber hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und in erster Linie seine Führer dort seit Jahren getan. Erinnern wollen wir hier nur an einen Vorgang aus dem Jahre 1906, der auf genanntem Werk auch zu einem beinahe tödlichen Streik führte. Wegen der Entlassung eines Ostarbeiters legte am 14. August 1906 die gesamte Arbeiterschaft sofort die Arbeit nieder. Ganze drei Tage später lies man die Forderung, den Bett, Arbeiter wieder einzulösen, fallen und erbot sich sogar, wenn keine weiteren Maßregelungen mehr vorgenommen würden, die Arbeit wieder anzunehmen. Kein Wunder auch, daß dann die Direktion zunächst garnicht zu sprechen war, aber dann, als sie den Arbeiterausschuss vorlegte, selbst ihre Bedingungen billigte. Sie kannte ihre Pappenhörner nur zu gut, und ließ es später sogar durch, daß es nicht nur allein bei der Entlassung des einen Ostarbeiters blieb, sondern sie fügte bei einem noch zwei hinzu.

Wenn man bedenkt, daß der erste Anlaß zu diesem Kampf ja nicht die Entlassung des einen Ostarbeiters war und nun statt die geforderte Abschaltung der erfolgten Entlassung noch die Entlassung von zwei weiteren Arbeitern bzw. „verreichte“, so ist hier Ausgang eines solchen Kampfes als eine hämische Mutterlage zu bezeichnen. Wenn man so leichtfertig wie hier mit den zweitklassigen und vor allem den kleinen Zusätzen im wirtschaftlichen Kampfe spielt, dann kann sich am Lehen Ende in den Kreisen der in Frage kommenden Arbeitgeber das Gefühl festsetzen, die Gewerkschaften seien im Grunde gewiss nur gemeinschaftliche Vereinigungen, die zu beseitigen nur eine grove volkswirtschaftliche Tat sei.

So nur erklären sich die scharfen Maßnahmen des Unternehmers in der gegenwärtigen Zeit, die dieselben gegen die Arbeitersorganisationen, allerdings in ziemlich gesättigter und verdeckter Form unternehmen. Bedauerlicher noch als dieses ist, daß die in Frage kommenden sozialdemokratischen Führer den Unternehmern die Gelegenheit, so zu verfahren, noch erleichtern. Ob bewußt oder unbewußt, mag dahingestellt bleiben. Nur ist es wohl keinem so recht verständlich, wie man sich dazu herbei lassen konnte, im vergangenen Frühjahr, als man weitere Abmachungen mit der Firma traf, nicht darauf drängte, daß diese nicht gerade vor dem Winter abschließen, zumal doch vorans zu sehen war, daß die Arbeitsgelegenheit dann eher eine schlechtere als bessere sein würde. Statkt auf das Auftandekommen einer verhüllten Vereinbarung mit alter Energie einmal allen Ernstes zu drängen, hat man beliebt, so alte viertel Jahr einmal in einem kleinen Gespräch zu machen, bei der die Arbeiterschaft zunächst wieder mal ein „bisschen“ in Erregung und die betr. Firma beeindruckt wurde. Ebenso leichtes Herzens wie man den Kampf jeweils begann, ebenso leichtes Herzens brach man denselben auch wieder ab, ohne sich nur so recht klar darüber zu sein, was nun später daran werden könnte.

Ein Beweis dafür, daß man auf sozialdemokratischer Gewerkschaftsseite weder die eine noch die andere Situation richtig zu erfassen versteht. Eine Machtung aber auch für die in Frage kommende Arbeiterschaft, sich endlich zu überlegen, wo sie noch länger solchen Führern Gesellschaft zu leisten gewillt ist.

Das bisher geschilderte ist nicht eine Zusammenstellung vielleicht von einer Reihe Einzelerscheinungen. Nein! Man kann in heutigen Industriegebieten die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung von einer Seite betrachten, von welcher man will, immer wird einem jeden einigermaßen auf diesem Gebiete bewandert das eine aufzufinden, daß die Kämpfe hier systematisch in der oben beschriebenen Weise geführt werden. Als Beweis hierfür mag noch eine Anregung eines roten Führers, gelegentlich des auf der badischen Autolinie und Sodafabrik geführten und verlorenen Kampfes erneut festgestellt werden. Als der Gauleiter Brüll am 20. Mai 1906 in Eggersheim über den verlorenen Kampf zur Rebe gestellt wurde, erklärte er: „Nörgeln, was wir mit der Bewegung erreichen wollten, ist erreicht. Wir haben Mitglieder gewonnen, das ist der Sieg der Röte der ganzen Aktion. Außer etwas anderes haben wir selbst nicht gehabt.“

Die Folgen dieses Kampfes zeigten sich in Ludwigshafen denn auch sofort in der Bildung jener liberalen Arbeitervereine (in Wirklichkeit nichts anderes als gelbe Gewerkschaften). Jetzt führen eine ganze Reihe früherer radikal-sozialdemokratischer Schreiter in dieser geben Vereinen und leisten nunmehr den Unternehmern Handlangerdienste. Auf der andern Seite aber schwenkte eine nicht gerade kleine Anzahl der so genausführlichen und verfehlten Arbeiter zu den Sozialisten (Anarchosozialisten) ab und befähigen nun in dem geschwundenen Vertrauen an den Kulturmert der zentralisierten Gewerkschaftsbewegung ihre früheren „Schreiter“ und Genossen mit einem Fanatismus, der seinesgleichen sucht. So tragen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer durch ihre unverantwortlichen Praktiken dazu bei, daß die deutschen Arbeitersbewegung politisch verrumpt wird. Sie sind diejenigen, welche hier auf der einen Seite das Unternehmertum zu immer schärferen Gewaltmaßregeln rufen. Sie sind auf der andern Seite dann auch zugleich diejenigen, welche den Unternehmern willkommene Dienste

zur Bildung von Streikbüroorganisationen (genannt liberal oder nationale Arbeitervereine) rüsten und so die Arbeiter der rücksichtslosen Ausbeutung ihrer Arbeiterkraft preisgeben.

Das traurige Bild zeigt sich heute an allen Ecken und Enden. Ruestet Wochenlange mit großem Tantam und nicht minder großen Versprechungen begonnene Streiks mit möglichem Ende und nachher Ausspannung der Arbeitkräfte und Überstunden in den betr. Betrieben bis zur Unersättlichkeit, die sich dann in der blutigsten Strenge durch die Bezeichnung von Karikaturen Lust macht, wie es bei der Firma Brown u. Boveri u. Cie. durch die enttäuschte Arbeiterschaft in der Beschreibung der geschilderten „Erfolge“ geschah.

Vielleicht besser, wenn nicht noch schlechter, wird es der Arbeiterschaft des Streikvertrags auch nicht geben. Da kann man fest schon voraus sagen, ohne in den Fehler Redens zu versetzen, der etwas daraus sage, was wahrer nicht einzutun. Nicht so, wie wir etwa ausgangs schon bewiesen, unter allen Umständen das Vorgehen der Arbeiterschaft als falsch aufzählen. Nein! Weil die bisher geliebten Praktiken der sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihrer Führung in ihrem Grundsatzen und Endzielen arbeiterschaftsbildender Natur sind. Weil diese Tatsat unbekütt, anstatt zur Verbesserung der Lage des Arbeitersstandes, zur schändlichen Verelendung desselben führt. Das mag für die sozialdemokratische Partei und die Entwicklung deren Einzelle günstig sein, weil solches geplant ist, die breiten Massen in fortgesetzter Unzufriedenheit zu erhalten.

Dem vollziehenden Arbeitersstand aber kann dieses und viele dieses nichts nützen, sondern nur unabsehbaren Schaden bringen. Darum werben auch alle verhüllten Arbeiter mehr und mehr das noch der sog. freien Gewerkschaften abschließen und sich bei christlichen Gewerkschaften anschließen. — Arbeiter von Mannheim-Ludwigshafen! Beachtet dieses und handelt danach!

## Ein Mahnwort an die Unorganisierten im Kleingewerbe.

Ein Herr, welcher nicht dem Arbeitersstand angehört, hat einmal den Ausspruch getan: „Ein christlich gesinnerter Arbeiter, der nicht den christlichen Gewerkschaften angehört, ist bei mir nur ein halber Mann.“ Dieser zutreffende Ausspruch ist eigentlich beschämend für die indifferenzen christlichen Arbeitern, welche es noch nicht für nötig befunden haben, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen.

Wer heute im gewerblichen Leben allein steht, der fühlt am eigenen Leibe seine Ohnmacht gegenüber dem Arbeitgeber. Der Arbeitgeber distanziert den Lohn, die Meldedatei, die Dauer der Arbeitszeit, die Überstunden usw. Wer von den Arbeitern sich dagegen wehrt, fällt sofort in Ungnade und kann sich bald auf einen Abschied gesetzt machen. Dieser aber zieht für die meisten Arbeiter, besonders für den verheirateten, Not und Entbehrung nach sich. Der einzelne bestehende Arbeiter ist daher gezwungen, trotz fleißiger, ja übermäßiger Arbeit, vielfach für einen niedrigen Lohn zu arbeiten und alles Unrecht geduldig hinzunehmen. Er steht dem Arbeitgeber, wenn auch mit Ritterkeit erfüllt, machtlos gegenüber.

Ist das nicht tiefschäbig für die Arbeiter? Geröw! Aber beschämend ist es, wenn diese Arbeiter jenes Mittel zurückweisen, mit dem sie sich aus ihrer menschenunwürdigen Lage befreien könnten, nämlich die gewerkschaftliche Organisation. Beschämend deshalb, weil ein solcher unorganisierter Arbeiter zu erkennen gibt, daß er weder einen funken Berufssinn und Manneswerte besitzt, noch Menschenwürde und Solidaritätsgefühl. Siehe deinen Nächsten wie dich selbst, heißt jenes große Gebot. Ein beharrlich unorganisierter Arbeiter sieht weder sich noch seinen Nächsten. Ein jeder Mensch, sei er Arbeiter oder etwas anderes, hat die Pflicht, dahin zu streben, daß aus ihm ein brauchbares Mitglied der menschlichen Gesellschaft wird. Die Christenpflicht gebietet es auch in Fällen der Not, dem Nebenmenschen helfend zur Seite zu stehen. Dieses sind dem Unorganisierten zumeist unbekannte Dinge. Durch seltenen Indifferenzismus ist er vielleicht bei seinem Arbeitgeber liebkind. Vielleicht bekommt er auch aus der gnädigen Hand des Arbeitgebers ein paar Pfennig Lohnzulage. Aber das nicht immer, weil er der läufigste Arbeiter ist, sondern um den organisierten Arbeitern sagten zu können: „Ohne Verband können wir mehr erreichen. Spredt nur in der richtigen Weise vor, es wird Euch schon gegeben werden.“

Man will eben den Organisierten zum Indifferenzismus reizen, um ihn nachher in seiner Gewalt zu haben. Beträchten wir uns die Erfolge in unserem Verbande, so müssen wir sagen: Hier haben tausende von Arbeitern ihre Christenpflicht an der Allgemeinheit erfüllt.“ Bei all diesem Ringen um die Vertretung der verunsicherten Arbeiterschaften, da steht nur der Unorganisierte teilnahmslos beiseite. Er spottiert vielleicht darauf, später die Erfolge einzusehen, ohne eine Hand zur Erreichung derselben gerührt zu haben. Welche ungeheure Macht würden die christlichen Arbeiter bilden, wenn sich jeder seiner Brüder erwidert wäre und sich den christlichen Gewerkschaften anschließen. Nun wendet vielleicht mancher Kollege ein, er würde sich gern dem Verbande anschließen, wenn es nicht so hohe Beiträge bezahlen müßte. Man will das Geld zum Verbande sparen und es für die Familie verwenden. Wie töricht! Diese Kollegen werden aufscheinend gar nicht, wie ihnen der Arbeitgeber nicht wie das Zehntische des Bettags weniger an Lohn,

nen zahlt und der Sammler entzieht, und zwar deshalb, weil er nicht mit einer Arbeitervororganisation zu rechnen hat. Gelingender wie in den Verbandskassen kann überhaupt ein Arbeiter seine Sparpflichten nirgendwo anlegen. Wer die Verbandsbeiträge "sparen" will, der ist auf dem Holzweg. Der Spart auf der einen Seite 70 Pfennig pro Woche, dafür gibt ihm auf der anderen Seite der Arbeitgeber 5 Mark Lohn weniger. Einem solchen Sparer gebührt ohne Zweifel das Zeugnis: „Im Rechnen schwach.“

Ist es nicht für einen Kollegen ehrenvoller, wenn er sich durch den Beitritt zum Verbande frischetts ein Recht auf Unterstützungen sichert, um in allen Wechselfällen des Lebens gesichert zu sein, als wenn man so gleichgültig in den Tag hineinlebt, im Notfalle Armutshilfe beziehen muß? Hat ein solcher Kollege, der sich auf mildtätige Gaben verläßt, Erfolg in seiner Brust? Die Antwort überlassen wir jedem selber.

Wir, Kollegen vom Kleingewerbe, röhren vor und wir im kommenden Winter, damit wir nicht wieder in der nächsten Konjunktur dastehen und zu sehen müssen, wie alle anderen Gewerke Tarifverträge abschließen und sich verbessern, wir aber nur vom Hören sagen Tarifverträge kennen. Viele Tarifverträge sind schon unter den Schlossern, Stempnern und Schmieden abgeschlossen, aber genügend ist's noch lange nicht. Gerade das Kleingewerbe von der Metallbranche läßt noch im Punkte „gewerkschaftliche Organisation“ viel zu wünschen übrig. Deshalb diese niedergehende Konjunktur dazu benutzt, um für unseren Metallarbeiterverband Mitglieder zu werben. Es muß uns in der aussiegenden Konjunktur möglich werden, allerorts fürs Kleingewerbe Tarifverträge abzuschließen. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn überall die Parole praktisch besetzt wird: „Hinein in den Verband!“

Ein Kollege vom Kleingewerbe.

## Gewerkschaftliches.

### Die christlichen Gewerkschaften Österreichs

Halten vom 1. bis 3. Januar 1909 in Wien ihren ersten Kongreß ab. In Nr. 20 des Verbandsorgans „Der christliche Gewerkschaftler“ wird die diesbezügliche Einladung veröffentlicht. „Trotz der Ungunst der Verhältnisse“ heißt es in diesem Aufruf, „finden die christlichen Gewerkschaften in Österreich von Erfolg zu Erfolg geschritten. Weder die Misgung der Behörde, noch die Rücksichtlosigkeit des organisierten Unternehmertums konnten dies verhindern, ebenso wenig wie die Bekämpfung von Seite der freien Gewerkschaften der jungen Bewegung schaden konnte.“

Nun mehr gilt es, die Hölle in feste Formen zu bringen. Wenn auch eine gewisse Einheitlichkeit von allem Anfang an beachtet wurde, so ist doch noch manches in geregelte Bahnen zu lenken. Insbesondere muß die Vermeidung jeglicher Zersplitterung, der Vereinheitlichung von Agitation und Taktik und dem Ausbau der inneren Tätigkeit eine außerordentliche Sorgfalt zugewendet werden. Dann soll die gesamte Bewegung durch ein festes Band umschlossen werden und schließlich sollen die christlichen Gewerkschaften ihre eigene Überleitung erhalten.

Kollegen und Kolleginnen! Aus dieser kurzen Aufführung könnt ihr die Notwendigkeit und Wichtigkeit dieser Tagung ersehen. Gerade in der Zukunft wird sich die Notwendigkeit, unsere Organisation immer mehr auszubauen und aneinander zu sitzen, mehr denn je ergeben. Darum erwartet die gesetzte Commission die werktägliche Mithilfe eines jeden Einzelnen an diesem wichtigen Werke und lädt die Organisationen zu zahlreicher Beschäftigung des Kongresses ein.“

Die christlich organisierten Arbeiter Deutschlands hünnten den Verhandlungen des Kongresses wie der ganzen Weiterentwicklung der Bruderkreuzung in Österreich den besten Erfolg.

### Zur tariflichen und organisatorischen Lage im Buchdruckergewerbe

Schreibt das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften in seiner soeben erschienenen Nummer 21 folgendes:

„Die Buchdruckerfrage muß nun bald für die christliche Arbeiterbewegung in ein anderes Stadium eintreten. Das gebietet den christlichen Gewerkschaften ihre Selbstachtung. Der Gutenbergbund gehört nunmehr seit zwei Jahren dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands an und hat während dieser Zeit nach streifen an der Durchführung der tariflichen Vereinbarungen im Buchdruckergewerbe mitgewirkt. Die christlichen Gewerkschaften haben sich die Ein- und Durchführung des Tarifvertrages zum Ziel gesetzt und für eine Organisation, die diesem Ziele widerstreite, wäre innerhalb des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften kein Platz. Allen größeren Tarifabkommen in den verschiedensten Gewerben Deutschlands sind die christlichen Gewerkschaften beteiligt, nur nicht im Buchdruckergewerbe. Dabei bringt es das Buchdruckergewerbe mit sich, daß es in viel stärkerem Maße als die christlich-nationalen Arbeiterbewegung günstig gesetzten öffentlichen Meinung ausgezeigt ist, als jedes andere Gewerbe.“

Als der Gutenbergbund 1906 in den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aufgenommen wurde, wurde ihm ausdrücklich zur Pflicht gemacht, allen tariflichen Ver-

pflchtungen des Buchdruckergewerbes Genüge zu leisten. Diese Verpflichtungen ist der Gutenbergbund seither nachgekommen. Daher hat der aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehende Tarifausschuß des Buchdruckergewerbes im April 1907 beschlossen, „daß grundsätzliche Bedenken gegen die Aufnahme des Gutenbergbundes (in die Tarifgemeinschaft) nicht vorliegen“. Kurz nachher hat der Verband deutscher Buchdrucker, der der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften angegeschlossen ist, eine widerliche Hebe gegen den Gutenbergbund inszeniert und damit erreicht, daß dessen für Anfang 1908 vorgelegene Aufnahme in die Tarifgemeinschaft verzögert wurde. Die christlichen Gewerkschaften schwiegen damals; sie wollten dem durch den sozialdemokratischen Radikalismus geführten neugestalteten nationalen Tarifwerk des Buchdruckergewerbes nicht noch weitere Schwierigkeiten bereiten. Auch durch Drängen der Mitglieder des Gutenbergbundes stellte sich der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in diesem seinem Verhalten nicht beirren; die für die übrige Industrie vorbildlichen Errungenschaften des Buchdruckergewerbes standen der Leitung der christlichen Gewerkschaften höher, als einige agitatorische Vorteile. Der Gutenbergbund richtete im Januar 1908 an das Tarifamt das Ersuchen, „daß im November 1907 gefassten Besluß betr. die Tarifunterschlüsselung des Gutenbergbundes aufzuheben“, worauf ihm erwiesen wurde, der Antrag müsse „dem Tarifausschuß zur Beschlusssfassung vorgelegt werden“, „dessen Zusammensetzung im Herbst wahrscheinlich ist“. Der Herbst ist nun gekommen.

Der Tarifausschuß des Buchdruckergewerbes wird nun alsbald in fraglicher Angelegenheit zur „Beschlusssfassung“ schreiten. Die Grundlage, auf der nationale Tarife abgeschlossen werden, ist nicht interne Angelegenheit eines Gewerbes; auch andere Kreise sind daran stark interessiert. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat seitdem gegenüber den leichtjährigen Vorgängen im Buchdruckergewerbe eine weise Nachsicht und Zurückhaltung beobachtet. Der Einbeziehung und Mitwirkung des Gutenbergbundes in die Institutionen des Buchdruckergewerbes steht heute nichts mehr im Wege als höchstens die Tertiarismus-Allüren des Verbandes deutscher Buchdrucker. Und vor diesen kapitalistischen Gewerkschaften nicht? Wir sprechen daher die direkte Ansicht aus, daß, wie die christlichen Gewerkschaften bei der Tarifgestaltung anderer Gewerbe mitwirken, so auch im Buchdruckergewerbe der Gutenbergbund nicht mehr länger von dieser Mitwirkung ausgeschaltet bleibt. Diese Forderung müssen die christlichen Gewerkschaften nunmehr ihrer Selbstachtung willen erheben.

### „Berliner“ Pharisäertum.

In seiner letzten Nummer singt der Berliner „Arbeiter“ wieder ein bewegliches Klageleid über die „Verderbtheit“ der Christlichen, die künftig genug waren, die Berliner „Arbeiterfreunde“ und ihr Treiben beim richtigen Namen zu nennen. Das sei Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen. „Gerade die festesten Bissen für die sozialdemokratische Sudetische werden unsern Feinde aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften geliefert,“ heißt es am Schlus, und mit dem bekannten, nur einem „Berliner“ geläufigen Augenzuschlag kommt dann noch der sattgedrückte Stosseufzer: „Man möge doch das einmal beenden!“

Mit dem „Man“ wird natürlich auf höhere kirchliche Stellen hingezieht, bei denen auf diese hinterlistige Art die christlichen Gewerkschaften systematisch verleiert werden sollen. — Wie liegen die Dinge aber in Wirklichkeit? Wer liest der Sozialdemokratie die festesten Bissen gegen die christliche Arbeiterbewegung? Wer keine gefärbte Berliner Brille trägt, die ihn farbenblind macht, kann auf diese Frage nur die Antwort geben: „Die Berliner Fachabteilungsführer!“ Schon ihr konfuses verschwommenes Programm gibt der sozialdemokratischen Presse fortwährend — und leider nur allzuoft berechtigten — Stoff gegen die christliche Weltanschauung und Sozialpolitik, von gewerkschaftlicher Arbeiterversetzung ganz zu schweigen. Denn weder die Sozialdemokraten noch ein ernsthafter bürgerlicher Sozialpolitiker kann und wird in der Fachabteilungsspielerei von „Sitz Berlin“ eine gewerkschaftliche Arbeiterbewegung erblicken. Sitz Berlin mit seinen Fachabteilungen kommt hier nur insoweit in Betracht, als sie bei ausbrechenden Bewegungen den Gelben durch Arbeiterrat und Streikbruch Konkurrenz machen. Ihre Fähigkeit in dieser Art „gewerkschaftlicher“ Tätigkeit haben sie ja schon wiederholt praktisch bewiesen.

Die festesten Bissen hat „Sitz Berlin“ aber der Sozialdemokratie mit dem Hineinzerren der kirchlichen Autoritäten in den Gewerkschaftsstreit geliefert. „Man“ lese doch einmal die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsblätter durch, „man“ sollte einmal hören können, was auf den Arbeitsplätzen über diese Fragen geredet wird. „Man“ würde dann mit Schrecken sehen, welche unseligen Folgen diese vom „Sitz Berlin“ gelieferten festen Bissen in der Arbeiterschaft angerichtet hätten.

Und welchen Zug und Trug, abgesehen von der Hintertreppeverleierung, haben die „Berliner“ nicht gegen die christlichen Gewerkschaften auf den öffentlichen Markt geworfen, was jetzt tagtäglich von der Sozialdemokratie gegen uns ausgenutzt wird! Die Versuchung liegt nahe, einmal eine kleine Blütenlese dieser „festen Bissen“ zusammenzustellen. Wir wollen ihr widerstehen, die Tatsachen bleiben vorhanden. Dem Berliner „Arbeiter“ und seinen Anpiratoren können wir mit

größtem Recht seine eigenen Kommentationen — mit einigen kleinen Änderungen — ins Gesicht schleudern und sagen:

„Es bedauerlich für die katholische Sache ist es, daß diese sämtlichen unwahren Angriffe von „Sitz Berlin“ gegen katholische Mitglieder und Führer der christlichen Gewerkschaften sofort in das Arsenal der Sozialdemokratie zur Bekämpfung alles Christlichen übernommen werden. Die Herren Savigny, Fournelle, Fleischer u. s. w. mögen doch einmal die sozialdemokratischen Blätter sich ansehen, die mit viel Raum- und Zeitdruck verschwendung alle Angriffe der Fachabteilier gegen uns als „feindselige Tatsachen“ ihren Lesern aufstischen und siets von neuem vortragen. Gerade die festesten Bissen für die sozialdemokratische Sudetische werden unsern Feinden aus den Reihen der Berliner Fachabteilier geliefert.“

Man möge doch das einmal bedenken!

### Neutralitäts-Konfusion im Buchdruckerverband.

Das Organ des Verbandes Deutscher Buchdrucker und Schriftgießer hält krampfhaft an der Behauptung fest, der genannte Verband sei vollständig neutral. Hauptbeweisgrund dieses Verhaltens ist, die vielen christlich gesinnten Buchdrucker bei der Stange zu halten, und die Überflüssigkeit des Gutenbergbundes der christlichen Buchdruckerorganisation, damit nachzuweisen. Wie es aber in der Praxis mit dieser angeblichen „Neutralität“ bestellt ist, und welche kostlichen Widersprüche daraus entstehen, zeigt die neueste Nr. (122 vom 22. Oktober) des „Korrespondent“. Da schreibt er auf:

Seite 4 unter dem Stichwort: „Heilige Konfusion.“

„Die Redaktion des „Korrespondent“ ist ja dafür bekannt, daß sie nicht nur einen streng neutralen Standpunkt einnimmt, sondern auch dementsprechend handelt. Würde das in unserem Verband allenfalls so sein, so hätte wir manche Widerwärtigkeiten“

wahl in Wiesbaden: „Leider beteiligte sich bei der „Korrespondent“ ja dafür bekannt, daß sie nicht nur einen streng neutralen Standpunkt einnimmt, daß sich der Umfang seines Handels aber wenig bewußt ist. Natürlich soll diese Neutralitätsvereinbarung nicht nur die Bevölkerung, nicht dauernd zur Entschuldigung gebracht werden, noch einmal wird dieses Mitglied noch weiteres die Konsequenzen zu tragen haben. Die Christlichen geben an wenigstens Pardon also verfahren wir mit den Wölfeln die das eigene Nest beschützen, lebenso kategorisch.“

Eine großartige Logik, was? Auf Seite 4 besteuert das Buchdruckerorgan seine strenge Neutralität und plädiert dafür, daß sich jedes Verbandsmitglied für seine Person politisch „nach Neigung und Bedürfnis ausleben“ soll, und auf Seite 5 wird einem Mitglied, das naiv genug ist, an diese vorgebliche Neutralität zu glauben und demgemäß zu handeln, kategorisch mit dem Hinweis geworfen, wenn sich so etwas noch einmal wiederholen sollte. Weil dieses Verbandsmitglied „noch Neigung und Bedürfnis“ hat die christlich-national und nicht sozialdemokratisch gewählt hat, soll er nach dem Urteil des überneutralen „Korrespondent“ sein eigenes Nest beschützen und muß hinausgeworfen werden. Für eine solche Auslegung des Neutralitätsbegriffes hat das Blatt die richtige Bezeichnung selbst gewählt, das ist tatsächlich heilige Konfusion. Der Buchdrucker in Wiesbaden, der bis heute noch gutgläubig die Neutralitätsbetonungen seiner Organisation fürbare Münze gehalten hat, wird nun hoffentlich lernen. Wenn er nur ein wenig logischer denken kann wie die „Korrespondent“-Redaktion, wird er das Hinzuwerfen aus dem „neutralen“ Verband nicht abwarten, sondern freiwillig gehen und sich beim Gutenbergbund anschließen, wie es viele seiner früheren Verbandsmitglieder schon getan haben. Für christlich gesinnte Buchdrucker kann in einem Verband mit der famosen „Neutralität“ im Sinne des „Korrespondent“ kein Platz sein.

### Die Wahrheitsliebe des Berliner „Arbeiter“.

Schon mehrmals waren wir gezwungen, dem Organ der Berliner Fachabteilungen bewußte Wahrheitsverbreitung nachzuweisen. So kurzlich noch bezüglich der Ausführungen des Kollegen Wieber auf der Zürcher Konferenz. Bis jetzt hat der „Arbeiter“ trotz wiederholter Aufforderung nicht soviel Anstand und Erfahrung gehabt, die Wahrheit seinen Lesern zu unterbreiten. Jetzt müssen wir ihm mit einer neuen Wahrheit festnageln. Zu der Fachabteilungszeitung zu Nr. 43 des „Arbeiter“ schreibt er:

„Kein christliches Gewerkschaftsamt verfügte es seinerzeit, die Simonsche Maßregelung, die Giesbertsche Beichtstuhlgeschichte, die alle leichtsinniger unvorsichtiger Bekämpfung des katholischen Arbeiterverbandes dienen sollten, seinen Lesern aufzutischen.“

Hier macht sich der Berliner „Arbeiter“ wieder einer sahrlässigen oder unmündigen Unwahrheit schuldig. In unserem Verbandsorgan ist weder von der Simonschen Maßregelung, noch von der Giesbertschen Beichtstuhlgeschichte mit einer Silbe bis heute die Rede gewesen. Wir lesen auch die übrigen christlichen Gewerkschaftsblätter und wissen, daß die große Mehrzahl

von ihnen dasselbe Verhalten beobachtet haben. Bleibt nun „Sitz Berlin“ zu dieser Behauptung über über solche kleinen Zwischenfälle hinweg die „Aberkatholischen Dogmatik“ aus der Kaiserstraße in Berlin nicht. Das sind auch tatsächlich nur Bagatellen gegenüber der großen Unwahrheit, mit der „Sitz Berlin“ Tag um Tag die Offenlichkeit treu zu führen sucht.

Diese große Berliner Sitz ge besteht in der zum Nebendurch wiedergauenden Behauptung, daß die angeblichen 125 000 Mitglieder des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Sitz Berlin alle auf das Programm der Fachabteilung eingeschworen seien. In derselben Nr. des „Arbeiter“ steht das auch wieder geschrieben; da wird von dem „Erfolg“ erzählt, der zu verzweigen sei, wo 125 000 Arbeiter schon auf's Berliner Programm schwören.“

Zunächst sind ein beträchtlicher Teil dieser angeblichen 125 000 überhaupt keine Arbeiter, was „Sitz Berlin“ ja schon selbst zugegeben hat. Dann gehören aber gewiß tausende von Arbeitern den Berliner Vereinen an, nicht weil sie die Fachabteilungsvereine vertreten, sondern weil sie Mitglieder eines katholischen Arbeitervereins sein wollen und als gute Katholiken auch sein müssen. Und wie man er geistliche Präses leitet einen Berliner Verein, während er gewerkschaftlich auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften steht. Das bringen eben die kirchlichen und örtlichen Verhältnisse mit sich. Was von den Mitgliedern der Berliner Vereine, soweit Arbeiter in Betracht kommen, aus Berliner Programm schwört, das wird auch Mitglied einer Fachabteilung sein, sonst pfeift man auf solches „schwören.“ Und wie viel sind es denn nun, die beruflich Fachabteilungen sind? Darüber schweigen bekanntlich die Fachabteilungsprotoktoren in allen Sprachen. Gemäß ihrer letzten Jahresabrechnung können es höchstens 13 268 Mitglieder sein, wenn man den gewiß nicht hohen Jahresbeitrag von 15 Pfennig pro Kopf des Fachabteilung errechnet. Also nicht 125 000 Arbeiter schwören auf das Berliner Fachabteilungsprogramm, sondern im allgemeinsten Fall 15 000. Das macht ein Minus gegenüber den Berliner Schaufrägereien von 110 000.

So verhält man es seitens der Fachabteilungsführer der ganzen Welt Saub in die Augen zu streuen. Wenn die Fachabteilungen sich ihrer Mitgliederzahl nicht zu schämen brauchten, dann würden sie ohne allen Zweifel bei ihrer weltbekannten „Vorzeidenehme“ damit nicht so triumphhaft ängstlich hinter dem Vorzeichen halten, sondern öffentlich damit herausrücken und Tam Tam schlagen. So aber prahsen sie unausgesetzt mit ihren 125 000 Mitgliedern, die zu  $\frac{1}{2}$  von der Fachabteilung bis heute nichts wissen wollen. Ein bequemes Verfahren, aber auch eine Kapitale Unwahrheit, von der Sitz Berlin bis heute gelebt und gelehrt hat. Auf die Dauer ist das allerdings unhaltbar und an ihrer Unrichtigkeit und Unwahrhaftigkeit wird die ganze Fachabteilungsführerheit zu Grunde gehen. Je eher desto besser.

#### Für evangelische Arbeitervereine nachahmungswert.

Unter dieser Überschrift schreibt das „Reich“: Auf dem Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine Württembergs am 19. Oktober wurde ein gedruckter Jahresbericht vorgelegt, in dem es über die christlichen Gewerkschaften heißt:

„Den christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen die katholischen Arbeitervereine Württembergs freundlich gegenüber und begrüßen deren fortschreitende Entwicklung. Da die Arbeitervereine niemals die christlichen Gewerkschaften ersehen können und noch mehr umgekehrt, muß mit aller Energie daran gearbeitet werden, daß das lebte organisierte Arbeitervereinsmitglied auch den christlichen Gewerkschaften beitritt. Es ist ein Stück Lebensfrage für die christliche Arbeiterbewegung im allgemeinen und die katholischen Arbeitervereine im besonderen, daß auch die christlichen gesuchten Elemente innerhalb der Arbeiterchaft bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitwirken und an den tariflichen Abmachungen beteiligt sind. Die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse darf nicht ein Privileg für die sozialdemokratische Arbeiterschaft sein, sondern es muß auch die christliche Arbeiterschaft maßvoll aber entschieden für eine gerechte, der Leistungsfähigkeit der Industrie und der Lebenshaltung des Arbeiters entsprechende Regelung und Verbesserung der Verhältnisse eintreten. Erst zu dieser Weise kann konstatiert werden, daß die christliche Arbeiterschaft in einer Reihe von Orten einen maßgebenden über doch unbestimmenden Einfluss auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausüben in der Lage ist. Doch muß dieser Einfluss noch erweitert werden. Solches geschieht am besten durch den Beitritt der Arbeitervereinsmitglieder zu den christlichen Gewerkschaften.“

Wenn man doch in den Jahresberichten evangelischer Arbeitervereine auch solchen zutreffenden Ausführungen zur Gewerkschaftsfrage recht bald begegnen möchte.

#### Kritische Recht vor dem Gewerbegericht.

Die Vertretung eines Arbeiters vor den Gewerbegeichten durch einen Arbeiter- oder Gewerkschaftsssekretär ist bekanntlich eine strittige Frage, die bis heute von dem einen Gewerbegericht so, von dem anderen im entgegengesetzten Sinne entschieden wird. Die Unternehmer können sich im Gegensatz dazu ru-

hig vertreten lassen, wenn sie es nur richtig einzurichten verstehen. Folgender Fall läßt die Ungerechtigkeit des jetzigen Zustandes drastisch erkennen.

Vor dem Gewerbegericht Moers, Sprichammer Friesenheim, wollte unser Volksbeamter der Ortsgruppe Duisburg, Kollege Seher, ein Verbandsmitglied in einer Klagesache gegen die Firma Krupp (Friedrich Alfred-Hütte in Rheinhausen) vertreten. Er wurde aber vom Gewerbegericht durch Beschluss abgewiesen. — Gewerbsmäßige Vertretung ist laut dem Buchstaben des Gesetzes unzulässig, und darauf hat sich das Gewerbegericht gestützt. Allerdings ganz zu Unrecht, denn Kollege Seher hatte diese Vertretung nicht gewerbsmäßig übernommen und nicht die geringste Bezahlung oder Vergütung dafür zu erwarten.

Wie steht es aber nun mit der anderen Klagepartei? Die Firma Krupp hat, da sie fast tagtäglich das Gewerbegericht beschäftigt, vorausgenommen der einzige Frequent der Sprichammer Friesenheim ist, eigens für ihre Vertretung einen früheren Rechtsanwalt angestellt, der jetzt im Gehalt der Firma Krupp steht. Arbeiter der Friedrich Alfred-Hütte sind der Ansicht, daß diese Rechtsvertretung die einzige Arbeit, zum mindesten aber die Hauptbeschäftigung des betr. Rechtsanwalts ist. Mit einem von der Firma gestellten zweispännigen Wagen fährt er zu den Verhandlungen und nachher wieder zurück, wenn er seine Tagesarbeit am Gewerbegericht erlebt hat. Bei dem „Geschäft“ kommt das dabei heraus.

Nun beantwortet einer einmal objektiv die Frage, wer nun am augenscheinlichsten die Vertretung vor dem Gewerbegericht gewerbsmäßig betreibt? Ob dieser Anwalt, der Firma Krupp, der für diese Arbeit ein hohes Gehalt bezahlt und einen Zweispänner gestellt bekommt, oder ein Gewerkschaftsssekretär, der einmal gelegentlich von einem Verbandsmitglied den Auftrag erhält, eine Klagesache zu vertreten, dafür aber auch nicht einen Pfennig Bezahlung erhält?

Der Vorsitz des Friesenheimer Gewerbegerichts, wie vieler anderer, die eine Vertretung durch Gewerkschaftsssekretäre ablehnen, bedeutet eine große Ungerechtigkeit gegenüber den betr. Arbeitern. Das hat nie und nimmer im Sinne des Gesetzgebers gelegen und es ist daher mit allem Nachdruck zu fordern, daß dieser unhaltbare Zustand durch eine Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz so bald wie möglich beseitigt wird. Von den arbeiterfreundlichen Parteien im Reichstag dürfen wir mit aller Bestimmtheit erwarten, daß sie diese berechtigte Forderung zu der ihrigen machen und die weiteren Schritte zur Abschaffung dieses Uebelstandes in die Wege leiten.

#### Nette Streifbrecher-Titulaturen.

Sozialdemokratische Blätter waren kürzlich in der Lage, das Rundschreiben eines in Berlin anlässlichen Streifbrederagenten zu veröffentlichen, worin er den Unternehmern seine äußerst billige „Ware“ anpreist. Womit am Mann ist und telegraphische Bestellung tunlich erschaut, hat der Streifbrecherlieferant seinen Abnehmern folgende Kennwort-Tabelle unterbreitet:

	Namensbezeichnung der Gewerkschaften		Anzahl der Leute in Buchstaben wie folgt:
	Maurer	Zimmerer	
Berlin	Ochsen	Werde	Drüder A = 10 Mann
Hannover	Hühner	Biegen	B = 20 "
Hessen	Rinder	Klaviere	C = 30 "
Brandenburg	Schweine	Renster	D = 40 "
Bayern	Hunde	Scheiben	E = 50 "
Sachsen	Kühe	Karten	F = 60 "
Württemberg	Frägen	Türen	G = 70 "
Ostpreußen	Werbe	Spinde	H = 80 "
Westpreußen	Ziegen	Tafeln	I = 90 "
Schlesien	Stiere	Küller	K = 100 "
Mecklenburg	Kensler	Wallen	L = 110 "
Holstein	Scheiben	Schüle	M = 120 "
Westfalen	Karten	Gewehre	N = 130 "
Rheinprovinz	Türen	Dösen	O = 140 "
Baden	Spinde	Kübler	P = 150 "
Hessen	Tafeln	Küller	R = 160 "
Württemberg	Küller	Schreine	S = 170 "
Wien	Wallen	Hunde	T = 180 "
Düsseldorf	Stahle	Aufe	W = 190 "
Baden			Z = 200 "
Bremen	Gewehre	Kuchen	BA = 210 "
Elsass-Lothr.			BB = 230 "
			BC = 250 "
			BD = 300 "

Erinnerung: 1. Schnittzeichnung für Altvord — A  
2. " Tagelohn — B.

Gut nicht übel. Also als Ochsen, Kühe, Hunde, Schweine, Rinder u. s. w. werden hier die nötigen Elemente der Streifbrecherkunst in den Handel gebracht und der reisende Schäfer mit ihnen getrieben. Es wäre ergötzlich und zum Lachen, wenn es nicht so überaus traurig und für die verhandelten Arbeiter ungünstig bestämmend wäre, daß sich Menschen im 20. Jahrhundert und in einem Kulturstaat herartig mißbrauchen und entehren lassen. Welche großartige Kulturarbeit leisten hier die gewerkschaftlichen Organisationen, die dem Arbeitervolk eine ganz andere Auffassung von Standesehrge und Menschenwürde predigen und sie durch die Tat verleibigen.

#### Ein „Berliner“ Werkstattssekretär wegen Karschfriedensbruch bestraft.

Vom Amtsgericht in Saarbrücken wurde der Werkstattssekretär Kloos („Berliner“) mit 10 Mark Strafe bestraft, weil er sich in einer Werkstattversammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes am 28. Mai des Karschfriedensbruchs schuldig gemacht hatte.

Somit haben die beiden „Berliner“ Sekretäre Kloos und Holz von Gerichts wegen gezeigt bekommen, daß man auch dem Gegner gegenüber anständig und wahrheitsliebend sein soll. Holz wurde, wie bereits mitgeteilt, vom Schüssegericht in Saarbrücken mit 20 Mark bestraft, weil er sich in der oben genannten Versammlung einer schweren Belästigung schuldig gemacht hatte.

Ob's helfen wird? Wir zweifeln daran, denn der Fanatismus dieser angeblichen „Aberkatholiken“ gegen die christlichen Gewerkschaften kennt keine Grenzen mehr, ist schon ins Krankenhaus ausgeartet. Das Empfinden für das unsägliche Traurige ihrer Handlungswweise ist ihnen vollständig verloren gegangen. Das sind schöne Früchte der Berliner Theorien, auf die die Herren Savigny, Dr. Fleischer und Liz. Fournelle wirklich stolz sein dürfen.

#### Aus der Metallindustrie.

Der Verband des Stahlwerks-Verbandes betrug im Monat September nach der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ an Produkten A 404000 t [Rohstahlgewicht]; er übertraf damit den August-Versand [401 159 t] um 3449 t, blieb aber hinter dem Verbandsergebnis des Monats September 1907 [419 423 t] um 15 015 t zurück.

Im einzelnen wurden versandt: an Halbzug 127 648 t im August d. J. und 125 291 t im September 1907, an Formesen 106 258 t gegen 116 371 t im August d. J. und 117 359 t im September 1907, an Eisenbahnmaterial 170 702 t gegen 159 324 t im August d. J. und 176 973 t im September 1907. Der diesjährige Septemberverband war also in Halbzug um 2184 t und in Eisenbahnmaterial um 11 376 t höher, in Formesen dagegen um 10 113 t niedriger als im Vorjahr. Verglichen mit dem September 1907 wurden in der Verhältniszeit an Halbzug 2357 t mehr, an Formesen 11 101 t und an Eisenbahnmaterial 6271 t weniger versandt.

In den letzten 13 Monaten gestaltete sich der Verband folgendermaßen:

1907	Halbzug	Formesen	Eisenbahnmateriel	Produkte A
	t	t	t	t
September	125 291	117 359	176 973	419 623
Oktober	120 014	129 921	188 998	438 933
November	115 991	85 091	222 075	423 055
Dezember	81 706	58 279	219 530	359 515
1908				
Januar	101 460	67 039	214 557	383 515
Februar	108 854	104 092	207 562	420 508
März	132 190	155 437	198 841	486 468
April	104 703	126 125	141 128	371 956
Mai	114 599	137 343	162 913	414 855
Juni	98 056	115 109	165 196	378 361
Juli	114 335	126 954	147 420	388 709
August	125 464	116 371	159 324	401 153
September	127 648	106 258	170 702	404 608

#### Opfer der Zivilität.

In der Gussstahlfabrik des Bochumer Vereins wurde am 22. Oktober ein Maschinist von einem in Bewegung befindlichen Kran erfaßt und auf der Stelle getötet.

Koblenz. Im Maschinenhaus eines hiesigen Forts wurde am 21. Oktober ein Schlosser tot aufgefunden. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein Unfall vorliegt. Der junge Schlosser ist durch austreibendes Gas bei der Arbeit betäubt worden und erstickt.

Landshut. Bei einer Gasrohrexplosion in der hiesigen Gasanstalt wurde ein Arbeiter so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. Zwei weitere Arbeiter erlitten schwere Verletzungen.

#### Streik und Lohhuberungen.

Die Aussperrung bei der Firma Carl Reinharder in Pleitenberg, über deren Entstehung wir bereits in Nr. 39 unseres Organs berichtet, ist immer noch nicht beendet. Nachdem alle Versuche der beteiligten Arbeiter, die Differenzen auf gütlichem Wege aus der Welt zu schaffen, gescheitert waren, blieb nichts anderes übrig, als die ganze Angelegenheit der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Zu diesem Zwecke wurde am 8. Oktober eine öffentliche Versammlung einberufen. Am Nachmittage desselben Tages machten die Organisationsvertreter noch einmal den Versuch, mit Reinharder zu verhandeln.

heln. Es wurde auch von dem Sohne des Fabrikanten gesagt, daß man bereit sei, mit der Kommission der Arbeiter noch vor Beginn der öffentlichen Versammlung zu verhandeln. Sogar die drei Organisationsvertreter wurden zu diesen Verhandlungen zugelassen. Herr Rheinländer, der an dem Abend öffentlich unter dem Eindruck der bevorstehenden öffentlichen Versammlung stand, sagte zu, den Abzug so viel wie möglich zu mildern und auch die ausgesperrten Arbeiter, soweit es sein eingeschränkter Betrieb zulasse, wieder einzustellen. Am andern Morgen sollte die Kommission wiederkommen, damit alles geregelt werden könne.

Mittlerweile hatten die Versammlungsteilnehmer, etwa 400 an der Zahl, ruhig auf ihren Plätzen ausgehalten und warteten gebündigt der Dringe, die da kommen sollten. Die Organisationsvertreter erstatteten Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen und unter dem Eindruck der baldigen Beendigung der Aussperrung ging man auseinander.

Über es sollte wieder rummen. Als am andern Morgen die Kommission erschien, um die am Abend vorher unterbrochenen Verhandlungen zu Ende zu führen, war Herr Rheinländer wie umgewandelt. Manz 15 Mann wollte er einstellen, und auch nur diejenigen, die ihm pasten. Unter diesen Umständen war an ein Weiterverhandeln nicht zu denken. Hatte Rheinländer geglaubt, durch sein scheinbares Nachgeben an dem betreffenden Abend zu verhindern, daß öffentliche Kritik an seinem Verhalten geübt würde, so hatte er sich getäuscht. In einer weiteren öffentlichen Versammlung, die am 13. Oktober stattfand, und die von etwa 600 Personen besucht war, wurde das Verhalten der Firma von den anwesenden Organisationsvertretern Gierz, Spiegel und Bongers gründlich unter die Lupe genommen. Auch wurde an verschiedenen Vorkommissen nachgelesen, daß die Gewerbeinspektion alle Ursache hätte, sich den Betrieb des Herrn Rheinländer etwas genauer anzusehen. Herr Rheinländer hatte inzwischen an die Vertreter der Organisationen folgendes Schreiben gerichtet:

"Nach der mir am Freitag gewordenen Mitteilung sind die Verhandlungen zwischen meinen früheren Arbeitern und meiner Firma abgebrochen. Der Arbeitgeberverein hat von der Angelegenheit Kenntnis genommen und wollen Sie sich wegen weiterer Schritte an den Vorsitzenden desselben, Herrn Johs. Kempel hierselbst wenden."

Karl Rheinländer.

In einer am 13. Oktober angenommenen Resolution wurden die Organisationsvertreter beauftragt, sich mit dem Arbeitgeberverein in Verbindung zu setzen, damit die Offenlichkeit erfahre, wie dieser sich zu dem Vorgehen des Herrn Rheinländer stelle. Die Organisationsvertreter wandten sich zunächst telefonisch an den Vorsitzenden des Arbeitgebervereins. Es wurde ihnen aber gesagt, daß derselbe verreist sei. Merkwürdigerweise war das aber nicht der Fall, sondern Herr Kempel befand sich in Plettenberg. Daraufhin wurde von den Organisationsvertretern folgender Brief an Herrn Kempel gerichtet:

Bezugnehmend auf das Schreiben des Herrn Rheinländer vom 12. cr. und auf unsere telephonische Anfrage vom gestrigen Tage bei Ihnen teilt Ihnen der Unterzeichnete mit, daß wir bereit sind, mit Ihnen über dem Vorstand Ihrer Organisation über die Differenzen bei der Firma Rheinländer eine Aussprache statthalten zu lassen, zumal auch eine öffentliche Versammlung uns den Auftrag gegeben hat. Wir schlagen Ihnen den Mittwochabend vor, und sollte Ihnen der Zeitpunkt angenehm sein, so bitte ich um gefällige Nachricht, damit ich die Vertreter vom christlichen Verband und vom Gewerbeverein benachrichtigen kann. Auf unsere Anfrage von gestern wurde uns von einem Ihrer Herren Beamten mitgeteilt, daß Sie verreist seien, doch muß sich der Herr im Frentum befinden haben, da Sie uns später bezugt sind. Aus diesem Grunde wenden wir uns zunächst schriftlich an Sie, damit wir uns nicht vergeblich nach dort bemühen.

Auf diesen Brief traf folgendes Schreiben von dem Vorsitzenden des Arbeitgebervereins ein:

"Auf Ihr Schreiben vom 17. cr. erwiedere ich zunächst, daß Sie sich verhört haben müssen. Es kann Ihnen nicht gesagt worden sein, daß ich verreist sei. Man kann Ihnen höchstens von meiner Abwesenheit Mitteilung gemacht haben. Am Freitag bin ich nämlich bis 3½ Uhr auf Werk Destedt und von 4½ Uhr ab auf dem Rathaus gewesen. Im übrigen teile ich Ihnen mit, daß der Vorstand mit Ihnen nicht verhandeln kann. Wenn die Leute die Differenzen bei der Firma Rheinländer erledigt haben wollen, dann müßten sie schon andere Wege einschlagen. H. Kempel."

Was zunächst das "Verhören" anbelangt, so sei festgestellt, daß die Organisationsvertreter ein Teleskop benutzt haben, an dem sich zwei Hörer befanden,

so daß das Gespräch unter Zeugen stattfand, und ein "Verhören" unsererseits ausgeschlossen war. Andernfalls ist es eigentlich, daß Rheinländer auf den Arbeitgeberverein hinweist, dieser aber ein Verhandeln mit den Organisationsvertretern ablehnt. Die Kommission hat ausgesperrten Arbeiter bemüht sich

zu Herrn Kempel, um eben mit diesem über die Differenzen zu verhandeln. Hier wurde der Kommission in Aussicht gestellt, daß der Vorstand des Arbeitgebervereins mit ihr verhandeln werde. Warten wir also ab. —

Leider haben sich bei dieser Aussperrung auch winter Gemeinde gefunden, die vom Fabrikanten Klausen verdienten leisten. Freilich sind dieselben auch danach selbst Arbeiter, die freilich wegen Trunkenheit aus der Fabrik hinausgeworfen wurden, finden jetzt keine Arbeit mehr. Der Arbeitgeberverein ist natürlich

auch eifrig bemüht, die ausgesperrten Arbeiter zurück zu machen. Er versendet folgendes Kundschreiben an seine Mitglieder:

#### Zur Beachtung.

Zu der Generalversammlung vom 18. Oktober 1908 ist beschlossen worden, gegen die auf der Anlage bezüglichen Arbeiter die §§ 12 und 13 der Satzung (Aussperrung) in Anwendung zu bringen.

Soweit der Firma Rheinländer bekannt ist, sind folgende Arbeiter noch nicht wieder in feste Stellung:

Folgen 47 Namen.

Also schwarze Listen in aller Form! Tatsächlich sind denn auch schon einige von den Ausgesperrten, die außerweitig Arbeit gefunden haben, wieder entlassen worden.

Sogar an einen Fabrikanten, der dem Arbeitgeberverein nicht angehört, soll das Auslösen gestellt worden sein, die von ihm angenommenen Arbeiter wieder zu entlassen, was derselbe aber ablehnte. Hoffentlich ziehen die Industriellen Arbeitskollegen, deren es in Plettenberg selber noch eine ganze Anzahl gibt, aus diesen Vorommissen die Lehre, daß es ein schwerer Irrtum ist, wenn sie glauben, ohne Organisation fertig zu werden. Was heute den Arbeitern der Firma Rheinländer passiert, kann morgen schon in anderen Betrieben vorkommen. Deshalb hinc in die Organisation, bevor es zu spät ist. R. G.

#### Gießereiarbeiter-Aussperrung angedroht.

Durch eine Geltungskorrespondenz wird folgende Meldung aus Aachen verbreitet: Infolge eines Ausschlusses in der Eisengießerei von Eduard Görres, hier, der durch die Entlassung eines Arbeiters herbeigeführt wurde, haben die dem Arbeitgeber-Verband der linksrheinischen Metallindustrie angehörigen Eisengießereien von Aachen und Umgebung beschlossen, ihre Betriebe still zu legen, wenn nicht die Arbeiter bis zum 7. November ihre Rücktrittserklärung und die über die Fabrik verhängte Arbeitssperre aufheben. Möglicherweise wird der ganze Arbeitgeber-Verband der linksrheinischen Metallindustrie sich dem Vorgehen der Aachener Gießereien durch eine weiterreichende Aussperrung anschließen.

Die Unternehmer aus Brauwer sindene die Massenaußsperrung als Althell- und Nadelkammittel zur Niederhaltung der Arbeiter zu betrachten. Wehe den unorganisierten Kollegen, die von dieser Gewaltmaßregel betroffen werden, ohne eine Stütze in der Organisation zu haben.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbeziehungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzutragen; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Lindlar Bez. Köln.** Die Arbeiter der Eisenfabrik W. & K. Klein stehen im Streik infolge von Altbordbezirkerungen von 10—15%.

**Aachen.** Bei der Firma J. C. & W. Numpen, [Nadelkamm] stehen die Richter im Streik.

**Plettenberg.** Bei der Firma Carl Rheinländer, Stahlgabelfabrik und Gesenkchmiederei sind die Arbeiter ausgeworfen.

**Nalen (Wettbg.)** Im Kettenchmiedewerke sind wegen Richterhaltung der netroffenen Vereinbarung seitens der Arbeitgeber Differenzen ausgebrochen.

**Waldbrohl bei Mannheim.** Bei der Firma Rudolf Otto Maier stehen die Arbeiter behuts Abwehr von Lohnabschlägen im Streik.

**Nachen.** In der Eisengießerei der Firma Görres sind Differenzen ausgebrochen.

#### Zugang ist fernzuhalten.

#### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. Novbr. 1908 der fünfundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 8. November fällig.

Die Ortsgruppen Lindlar, Engelskirchen, Büsbach und Darmstadt erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pf.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die Abrechnung vom 3. Quartal ist von allen Ortsgruppen, welche dieselbe bis jetzt noch nicht eingetragen haben, sofort fertig zu stellen und einzusenden. Sämtliche alte Marken sind dabei einzulegen und mit der Abrechnung an die Zentrale zu senden. Es dürfen jetzt nur noch neue, zweifarbigie Marken verwendet werden; alte Marken, die nach dem 1. Oktober verwendet werden, sind als ungültig zu betrachten.

#### Aus dem Verbandsgebiet.

**Oberhausen (Wlsb.)** „In Wahrheit sind wir nicht weit vom Freienhaus“, so kann auch der Kreisfar, der in der „Niederrh. Arb.-Bdg.“ vom 19. Oktober 1908 bei „Christlichen Metallarbeiterverband“ vorsitzt, von sich sagen. Auf all' den Blößinn einzugehen, ist überflüssig, aber die Erfolge, die den Arbeitern bei verschiedensten Werken in Oberhausen, Mülheim, Sterkrade usw. durch den „christlichen Metallarbeiterverband“ gebracht wurden, kann der betr. Artikelreicher niemals aus der Welt schaffen und wenn er noch so oft schreibt: ja, aber davon wissen die betroffenen Arbeiter nichts.

Der Kreisfar soll aber noch mal Gelegenheit haben, die Erfolge des christlichen Metallarbeiterverbandes im Oberhausener Bezirk nachstehend zu lesen.

Bis September 1906 waren auf dem Hindenburghofe eine Anzahl rot organisierte Metallarbeiter beschäftigt. Nun was haben diese durch ihre Organisation dort erreicht? Gar nichts, aber auch rein garnichts! Nachdem im September 1906 der christliche Metallarbeiterverband dort einzog, wurden folgende Forderungen der Arbeiter durchgeführt: 1. Im Hindenburghofe die Lohnerhöhung der beständigen Schicht und eine 10prozentige Lohnerhöhung. 2. Wurde ein neuer Speisenaufbau gebaut und sehr gut eingewichtet. 3. Wurde ein neuer Baderaum geschaffen. 4. Bekamen die Löhne um 20 bis 25 Mark pro Monat. Auf der Bleile Montagne wurde für die Arbeiter der Rösterhalle die achtstündige Schicht und ebenfalls eine 10prozentige Lohnerhöhung durchgeführt.

Durch den Streik auf der Bleile Montagne wurde den Arbeitern ebenfalls eine Lohnerhöhung erworben, natürlich waren hier auch ganze 3 rote Metallarbeiter beteiligt. Die hätten allein nichts gut, aber auch nichts Kaputt gemacht. Der Erfolg im Patent-Wohnwerk Thyssen kann uns eben auch nicht streitig gemacht werden. Die Arbeiter haben, seit sie bei uns organisiert sind, noch keine Lohnreduzierung bekommen und der Ende Februar dieses Jahres angekündigte Altbordabzug von 10 Prozent, ist ganz allein durch das Vorstelligen werden des Verbandsvertreters zuständig geworden. Aber was uns betrifft Krankenlassenswahl an die Hochschule gehängt werden soll, müssen wir danken abwesen. Wir haben keine Wahlhölle von seitens des Direktoriums nötig und haben bloß schon verschiedene Male richtig gestellt. Wer was hat denn die rote Kassenvertretung bei Thyssen bis jetzt geleistet? Gar nichts. Wenn's nötig ist, werden wir mal stärker agieren aufzehen.

Was die Streikbrechergeschichte von Oberhausen betrifft, wird kein Wort davon zurückgenommen, wir treten jederzeit den Wahrheitsbeweis hierfür an. Daß der rote Metallarbeiterverband bei Gelegenheit einer Werkstattversammlung bei Babcock & Wilcox 10 Aufnahmen und mehrere Nebertritte gemacht haben soll, ist ebenfalls eine faustdicke Unwahrheit. Es geht nun einmal nicht anders, man muß dem christlichen Metallarbeiterverband die Erfolge lassen, garnichts, aber rein garnichts läßt sich davon streichen. Den Metallarbeitern aber rufen wir zu: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, lasst Euch nicht durch Verdächtigungen von der Organisation fernhalten, es kommt mal die Zeit, wo es zu spät ist, sich zu organisieren. A. O.

**Cassel.** Das christliche Gewerkschaftsratell hatte für Montag, den 12. Oktober eine öffentliche Versammlung im großen Saale des Restaurants "Zur Drahtbrücke" einberufen, in welcher Reichstagssabg. Kollege Behrens aus Essen über "Die Stellung der christlichen Gewerkschaften gegenüber den anderen Berufsorganisationen" sprach. Er führte ungefähr folgendes aus: Allgemein betrachtet, scheidet sich die deutsche Arbeiterbewegung in zwei große Gruppen: hier sozialdemokratisch-atheistisch und hier christlich-national. In der sozialdemokratischen Bewegung sind viele sehr fanatische Deutschen, die mit dem roten Stimuzettel in der Zukunftstaat herbeizuhauen glauben. Genosse Hu hat gejagt, „die sozialdemokratische Partei sei nicht weit vom Freienhaus“, wir aber sagen, die Lehren der Sozialdemokratie sind eitel Träumerei. Wir sind der festen Überzeugung, daß die christlich-nationalen Arbeiterbewegung den Sieg darbtragen wird über die Sozialdemokratie, das beweist die prozentual höhere Zunahme der christlichen, gegenüber der sozialdemokratisch-revolutionären Bewegung. Möge sich aber die christlich-nationalen Arbeiterbewegung weiter entwickeln zu einer starken körriegigen Eide, zum Wohle des Vaterlandes und vor allem zum Wohle unseres deutschen Arbeitervolkes. Ein jeder deutsche Arbeiter muss eintreten für seinen Stand, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, daß der Sieg an unserem Fahnen haften wird.

Zu der nachfolgenden Diskussion meldete sich ein Genosse. Die Kasseler Parteidrogen, wie Töne, Hausschild, der Reichstagssabg. Scheidemann, in Kassel bekannt als „jenner Wissendeter“, waren nicht erschienen. Genosse Kuhn, so hieß der Genosse, der sich gemeldet hatte, stimmte in fast allen Punkten dem Referenten bei. Er vertheidigte oder warf vielmehr Klassenkampf und den Kampf des Arbeiters um sein Klassensrecht in einen Topf. Kollege Voß beglückwünschte denn auch als zweiten Diskussionsredner den Genossen Kuhn zu seinen Ausführungen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie sich noch einmal als christlich-nationaler Kollegen die Hand reichen würden. Weiter sprachen noch die Kollegen Bütscher und Elsenach und unser Bezirksfälter Kollege Buchner-Görlitz, welcher an das Referat des Abends anknüpfend, Missstände aufdeckte, wo die Sozialdemokratie zwar dominierte, aber bis jetzt noch nicht eingriffen hätte.

Möge diese Versammlung auch dazu beitragen, daß es mit unserer Sache hier in Kassel vorangeht. Kollegen von Kassel! Seht endlich einmal ausgeräumt zum Kampf für unsere Sache. Sie kann zwar eine Wollwolle der Sozialdemokratie, so ist doch auch Wollwolle vorhanden, mit unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung vorwärts zu kommen. Darum nochmals, Kollegen von Kassel, halst mit an dieser großen Kugel. Möge diese Versammlung unserer Kasseler Zahlstätte zu einem bleibenden Segen werden. Durch Kämpfen Sieg!

R. Br.

**Offenbach.** Unsere letzte Versammlung fand am 18. Oktober statt und musste sich, außer der Abrechnung vom 2. Quartal und anderen wichtigen Dingen, auch mit der Volksfrage beschäftigen. Seit Gründung unserer Ortsgruppe sind wir in ein und demselben Volk und seht, wo wir Abschied nehmen sollen, da denken wir zunächst an all die Stunden, die wir dort verbracht. Es waren frohe und auch ernste Stunden der Arbeit, die wir hier zubrachten. Doch das alte stürzt und neues Leben soll aus den Ruinen blühen, denn unser Gott hat den Willen, einen Neubau zu errichten. Dasselbe sollen auch unsere Wünsche berücksichtigt werden, sodass auch jetzt in Offenbach ein christl. Gewerkschaftshaus erhoffen dürfen. In der Zwischenzeit nun haben wir unser Heim bei unserem Ehrenmitglied Gölzer „Zur Stadt Frankfurt“ in der großen Marktstraße aufgeschlagen.

Jetzt Kollegen, muss es sich auch zeigen, ob alle Hoffnungen und Wünsche, die an den Umzug getragen wurden, in Erfüllung gehen. Vor allem ist es jetzt Pflicht aller Kollegen, regelmäßig die Versammlungen zu besuchen. Wichtige Aufgaben stehen uns im heiligsten Industriegebiet bevor, an deren Lösung wir großes Interesse haben. Wenn unsere Kollegen sehen, wie unsre Freunde von rechts und links eifrig an der Arbeit sind, da sollte dies ganz bestimmt auch für sie ein Ansporn sein, unserer Sache mehr zu dienen. Darum darf erwartet werden, dass ganz besonders jetzt im Winterhalbjahr der Versammlungsraum wieder ein guter wird. Alles weitere wird sich dann schon anschließen und am Erfolg zweifeln wir nicht, wenn alle ihre Schuldigkeit tun.

**Frankfurt a. M.** Seit April ds. Jrs. wird hier allmonatlich eine sogenannte „kombinierte Versammlung“ durch unsern Bezirksleiter abgehalten. Dieselbe hat den Zweck, alle Mitglieder von auswärtigen Ortsgruppen, die hier beschäftigt sind, Gelegenheit zur gelungenen Schulung und Weiterbildung zu bieten. Die Einrichtung hat sich bis jetzt sehr gut bewährt und kann schon mancher Erfolg im Punkte Erwachseins unserer Ortsgruppen daraus zurückgeführt werden. Um auch den einzelnen Ortsgruppen einen wichtigen Stamm von Mitarbeitern heranzubilden, werden die Versammlungen in Form eines Unterrichtskursus abgehalten. Aber auch die Agitation soll dadurch gefördert werden, denn die Kollegen sollen hierzu namentlich auch die indifferenten Arbeitskollegen mitbringen. Ganz besonders zur nächsten Versammlung, die am Freitag, den 6. November, abends 6 Uhr, bei „Christ“, Hochstettstraße stattfindet, sollen alle dies beherzigen. An diesem Tag wird der Bezirkstelle sprechen über: Stellung der Arbeit als „Ware“ (Wohlfahrt). Mögen die Kollegen der Ortsgruppen und Frankfurt, die dort beschäftigt sind, wieder recht zahlreich erscheinen, aber auch recht viele Arbeiter mitbringen, die uns noch fernstehen.

**Darmstadt.** Am Mittwoch, den 14. Oktober hielt unsere Ortsgruppe eine außerordentliche Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über die letzte Bezirkskonferenz in Offenbach. 2. Beitragserhöhung. Nachdem von den Kollegen Weiß und Flamm über die Bezirkskonferenz Bericht erstattet war, kamen wir zum wichtigsten Punkt: Beitragserhöhung. Kollege Weiß schilderte in eingehender Weise, warum eine Beitragserhöhung notwendig sei. Namentlich wurde hervorgehoben, dass jetzt zu Zeiten des schlechten Geschäftszuges die Organisation am allerwichtigsten ist. Die hieraus folgende Diskussion war sehr lebhaft und interessant. Kollege Flamm führte an, er hätte gewollt, dass schon früher eine Beitragserhöhung vorgenommen worden wäre, denn jetzt seien wir, wie gerade in der Zeit der Krise eine gefüllte Kasse not tue. Auch die Kollegen Schmidt und Weber waren in längeren Ausführungen dafür. Hieraus wurde einstimmig beschlossen, vom 1. November ab den 70 Pfennig-Betrag einzuführen.

Kollegen von Darmstadt, ihr habt wieder aufs neue bewiesen, dass auch in Darmstadt unter den christlichen Metallarbeitern noch Opferwilligkeit vorhanden ist, soviel wie von rechts und links befürchtet werden, geht es vorwärts. Drum, Kollegen, an die Arbeit, beherzigen wie die Worte, die am Mittwoch gesprochen wurden und seien wie sie in die Tat um, denn allein werft du unterlegen, wie ein Rohe im Sturm gerückt — doch切に da nicht du legen — darum vorwärts nur gedrückt.

**Womberg.** (Sozialdemokratischer Terrorismus.) Am 6. Oktober stand vor dem Landgerichte in Bamberg, als Beurkundungsinstanz, eine Verhandlung gegen zwei sozialdemokratische Gewerkschaftler statt mit dem Endresultat, dass einer derselben, der Bevollmächtigte des sozialdem. Metallarbeiterverbandes Forster in Bamberg wegen Bekämpfung einer Geldstrafe von 10 Mark erhielt, während der zweite, Gentner von Pegnitz, wegen mangelnden Beweises freigesprochen wurde. Der Fall wird gegenwärtig in der sozialdemokratischen Presse mit der bekannten Wahltheitstreit erörtert, deshalb ist es notwendig, dass auch unser Standpunkt klarlegt wird.

Der Klage lagen folgende Tatsachen zu Grunde: Der Kläger Bauer, Gentner, organisiert im Christl. Metallarbeiterverband, arbeitet seit ungefähr Jahresfrist in der Weberei von Grampp u. Thomas in Bamberg. Während dieser Zeit war er vielen Schlügen seitens der freiorganisierten Mehrheit des Arbeiters ausgesetzt. Zuletzt sagte man sich im roten Lager, gegen diesen Menschen, der das rote Evangelium verschmiedt, muss etwas besonderes unternommen werden. Man schrieb einen Brief nach Pegnitz an den dortigen Vertreter des Verbandes und verlangte Auskunft über Bauer, der früher in einer Fabrik in Pegnitz gearbeitet hatte. Der angeklagte Genossen Gentner wurde mit der Beantwortung betraut. Der selbe schrieb einen Brief, in welchem Bauer als Demona und gemeine Kerl hingestellt ist. Charakteristisch ist, dass der Inhalt des Briefes nicht festgestellt werden konnte, trotzdem die Genossen den Brief heute noch in Händen haben, dass er zirkulierte und dass er in einer Versammlung verlesen wurde.

An der Belehrung des Angeklagten, den Brief herauszugeben, ist nichts zu ändern. Dazu kam noch, dass der Vorleser des Briefes auch er habe nicht wirklich verloren, sondern Zwischenmerkungen gemacht. Damit war es unmöglich gemacht, den Inhalt des beleidigenden Briefes festzustellen, nur deswegen wurde Gentner freigesprochen. Der Präzedenz des Gerichts sagte bei der Urteilsverkündigung: Der Brief werde nicht herausgegeben und aus den Zeugenaussagen habe sich Form und Inhalt

woraus die Beleidigungabsicht geschlossen werden könnte, nicht erschließen lassen.

Diese Darlegung will uns freilich nicht recht einleuchten, denn der Ausdruck Denunziant war im Brief enthalten, wie sogar ein Zeuge der beklagten Seite gab, und ohne besondere Auslegungskunst hätte hier auf die beleidigende Absicht des Brüderchreibers geschlossen werden können, wenn auch die Angeklagten widerholten erklärten, dass sie Bauer nicht beleidigen wollten. Im Gerichtssaal bemerkten sich die Genossen ja immer wie die Vämmer. Die Lesung des Urteils hieß auch die Folge, dass aus der Versammlung Ausdrücke wie „Kump, Schuft“ gegen den abwesenden Bauer fielen. In der Werkstatt ging der Tanz weiter, man befürchtete ihm sogar seine Fliehden.

Die Genossen hatten wiederum, wie es bei solchen Prozessen schon Regel ist, einen großen Zeugenapparat aufgehoben. Der misshandelte christliche Arbeiter ist gewöhnlich allein, seine Aussagen werden durch Gegengaben in beliebiger Zahl zu widerlegen versucht. Die Zeugen sollten die Beleidiger entlasten und den Bekleideten beladen. Von der Partei, die verständigeren Brief rauschten sie ja gar nichts mehr, auf Dinge, die jahrelang zurückliegen, konnten sie sich besser erinnern. Was man zur Belastung Bauer vorbrachte, war einfach lächerlich. Einige Broben führten angeführt: Bauer soll die Genossen über seine Organisationszugehörigkeit angelogen haben, weil er auf die Frage, ob er organisiert sei, mit ja geantwortet hatte. Er hätte wahrscheinlich entschuldigend bemerkt sollen, dass er im christlichen und nicht im roten Verband organisiert sei. Es hätte nur noch geheist, dass man noch als erschwierend angesehen hätte, durch dieses einfache Ja wäre die Ausführung der roten Unverschämtheiten unbilligerweise verzögert worden.

Weiter soll er, während er noch Mitglied der roten Organisation war, vor 2 Jahren für den katholischen Arbeiterverein agitiert haben. Er soll sogar einmal geschehen worden sein, wie er den „Arbeiter“ vertonte. Es ist dies gar nicht wahr, er ist es erst nach dem Austritt aus dem roten Verband. Dies sollte das Gericht für Verrat an den heiligen roten Unterjügen halten. Eines sei hierzu angeführt: Als der fragliche Arbeiterverein in Pegnitz resp. in Trockenreuth gegründet wurde, sagte man den hertretenden, gegen den Arbeiterverein habe man nichts, nur die gewerkschaftliche Zerstörung bekämpfen möge. Im Gerichtssaal lautet es anders: Ein neuer Name für die lächerhaften zwielichten Agitation der Sozialdemokratie.

Wieder wurde dem Bauer über seine Arbeit zugetragen. Er beschwerte sich hierüber bei seinem Meister. Das ist nach rotem Begriff Beleidigung, denn ein Genosse macht in etwas nicht und wenn er es macht, kann gestellt er es auch ein, denn die Genossen sind den christlichen Arbeitern gegenüber die „Ehrlichkeit“ selbst.

Vom Hörerjungen weiß man, dass Bauer früher einmal gesagt haben soll, die Formen seien nicht mehr soviel. Diese allgemeine Bemerkung soll die Denunziation seines Bauers bestreitet, ja eine solche Bemerkung gemacht zu haben. Das Schlussresümee ist, dass die ganze rote Meute an Bauer gehegt wird. Der Verteidiger des Gentner, Rechtsanwalt Erlanger, sagte: „Die Christlichen brauchten nicht stolz zu sein auf Bauer“. Beim Anhören des Wörtchens nicht machte der als Zeuge anwesende Arbeitersekretär Leibmann eine Kopfbewegung, die das Gegenteil andeuten sollte. Klugs bedeutet der Anholt die Bevorgung so, als gäbe ihm der Benannte recht. Es sei ihm deshalb das Beugnis ausgestellt, dass er ein schlechter Gedankensetzer ist.

Im übrigen stellte der Vertreter des Allgäus, Herr Rechtsanwalt Grampy, ausdrücklich fest, dass der Wahlheitsbeweis für die Anschuldigungen gegen Bauer in allen Punkten vollkommen misslungen sei. Auch das Urteil der ersten Instanz spricht dies aus: Unter Bezugnahme auf die Beschuldigungen gegen Bauer heißt es dort: Diese Tatsachen sind nicht erweisslich wahr. Es wurde zwar ein Wahlheitsbeweis versucht, allein er erscheint nach Ansicht des Schöffengerichts als misslungen.“ Zu Bezug auf Forster, den Vorstand des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Bamberg, spricht das Urteil aus: „Beim Strafausmaß wurde berücksichtigt, dass Forster wegen Bekämpfung nicht vorbestraft ist, andererseits, dass dieser gefährlichen Treiben der Hörer entgegentreten werden musst. Es ist deshalb die ausgesprochene Geldstrafe von 10 Mark bezw. 2 Tage Gefängnis angemessen.“ Nachher gehen dieselben Hörer dann hin und spielen sich noch als getünchte Widerwörter und verfolgte unschuldige Männer auf. Das gehört nun einmal zum sozialdemokratischen Handwerk.

**Mülheim-Rhein.** Eine für die Drahtindustrie höchst wichtige Entdeckung wurde von einem hiesigen Arzte gemacht, eine Entdeckung, die weit ist, mindestens patentiert zu werden.

Ein Drahtzieher hatte sich beim Auslösen auf die Finger geschnitten. Infolgedessen waren nicht nur die Finger, sondern die ganze Hand dick geschwollen. Da sich der betroffene Kollege arbeitsunfähig fühlte, ging er am nächsten Tage zum Arzt, um sich Schonung geben zu lassen. Doch dieser gab ihm die höchste Auskunft: „Sie sind Drahtzieher, da brauchen Sie doch keine Finger zum Drahtziehen. Geh an Sie arbeiten.“

Ganz verblüfft ob dieser Mitteilung und bis ins Äußerste gerückt darüber, dass er bisher seine Finger umsonst in der Welt herumgeschleppt, begab sich unser Kollege zu einem seiner „Vertreter“, dem Vorstand der Betriebskrankenkasse, und trug diesem den Sachverhalt vor. Der Vorstand mit „großen Gestern“ scheint ansteckend auf diesen Mann gewirkt zu haben, denn er erklärte kurzweg: „Sie müssen sich den Auflösungen des Arztes fügen!“ Bum!

Weil aber nun die Hand immer noch nicht gebrauchsfähig war, ging unser Arbeiter zum Werkführer. Dieser bezog sich die Faust und gab dem Arbeiter die 3 Tage Schonung. Er hatte mehr Verständnis als der Arzt, scheint doch davon überzeugt, dass ein Drahtzieher zur Arbeit noch zinger nötig hat.

Ein derartiges Vorgehen ist im höchsten Grade bedauerlich. Auf keinen Fall wird dadurch das Be-

treuen zum Vergleich gehoben. Den Kollegen aber erwacht die Pflicht, sich bleien und andere Vorfälle gut zu merken und bei der nächsten Krankenkassenvertreterwahl die entsprechende Antwort zu geben. Das heißt keine Vertreter mehr zu wählen, welchen das Wohl der Mitglieder so gleichgültig und denen das Wort eines Arztes unbesehn ein Evangelium ist.

## Soziale Wahlen.

Die am 15. Oktober stattgefundene Gewerbegelechtswahlen für das Kreisgewerbeamt Altenkirchen endigten mit einem glänzenden Sieg der christlichen Gewerkschaften. Unsere Kollegen wissen bereits aus dem diesbezüglichen Artikel in Nr. 40 unseres Organs, dass die Kirch-Dunker-, „Verliner“ und das Siegerländer Lokalverbändchen sich verbündet hatten, um bei dieser Gelegenheit den gemeinsam gehaltenen christlichen Gewerkschaften den Garans zu machen. In Flugblättern, Zeitungsartikeln und Versammlungen wurden die christlichen Gewerkschaften tobtätig leben und gerect.

Trotz alledem nun dieser Misserfolg. Bei den Wahlen zu der Spruchkommission II (Bessdorf) erhielten die christlichen Gewerkschaften 1193—1231 Stimmen, während auf den vereinigten Ruddemündel 838—912 Stimmen entfielen. Am schlimmsten ergibt es den Kirch-Dunker. Waren sie doch die Hauptfeindschaften ihrer im Streite gegen die christlichen Gewerkschaften. Um ihre Bedeutungslosigkeit im Kreise Altenkirchen zu verdecken, versuchten sie eben alles gegen die christlichen Gewerkschaften zusammen zu trommeln und müssen es nun erleben, dass sie leer ausgehen.

In der Spruchkommission II (Altenkirchen), wo unsere Liste für ungültig erklärt wurde, wogegen wir selbstverständlich Protest einlegen werden, hatten wir Wahlen hältung proklamiert. Die Kirch-Dunker brachten hierauf und schreibe 8 (acht) Stimmen auf.

Die Wahl hat wieder einmal bewiesen, dass die christlichen Gewerkschaften im Kreise Altenkirchen eine Wahl geworden sind, an der jedoch Anstrengung vorausprägt. Diese Wahl soll uns aber wieder ein unipolares sein, unablässig zu arbeiten, um die uns noch jenseitigen Kollegen zu gewinnen, damit bei der nächsten Wahl das Resultat ein noch günstigeres wird. Deshalb Kollegen: Mit neuem Blut an die Arbeit!

## Soziale Rechtsprechung.

### Aus der Praxis der Betriebskrankenkassen.

Der Arbeiter G. von B. in Lothringen, beschäftigt bei der Firma Nödlings in Altringen, erkrankte Ende 1906. Der ihn behandelnde Kassenarzt ordnete alsbald seine Überstellung ins Bergmannskrankenhaus in Altringen an. Der Kollege widersteht sich dem mit der Begründung, dass seine Krankheit auch im Hause behandelt werden könnte. Die Pelege seiner Familie sei gut. Ein anderer Arzt, den er zu Rate zog, schloss sich seiner Ansicht an. Der Vorstand der Kassenärztliche verweigerte ihm und spießt sich noch als getünkte Widerwörter und verfolgte unschuldige Männer auf. Das gehört nun einmal zum sozialdemokratischen Handwerk.

Dieser Fall ergibt wieder folgende Lehren:

I. Durften die Kollegen, die im Vorstand der Betriebskrankenkasse der Grube Nödlings sind, unter keinen Umständen der Entziehung des Krankengeldes beipflichten, sondern mussten beantragen, dass das Urteil des den Arbeiter behandelten Arztes eingeholt wird und auf Grund dessen prüfen, ob 1. der Arbeiter tatsächlich krank war, 2. ob die Art der Erkrankung eine Krankenhausbehandlung notwendig machte, 3. ob die Verpflegung durch die Familienangehörigen eine zufriedenstellende war. Tra dieses zu — was übrigens ohne weiteres in bejahenden Sinne erwiesen werden konnte — dann war man verpflichtet, dem Kollegen das Krankengeld auszuzahlen, denn der Anspruch auf Krankengeld muss nach Gerichtsentscheidung auch bei dem Nachweis der Erwerbsunfähigkeit durch einen andern Arzt anerkannt werden. (Badischer Oberverwaltungsgerichtshof, Urteil vom 8. Dez. 1903).

II. Kann man moralisch von der Aufsichtsbehörde verlangen, dass sie bei Erteilung von Entschuldigungen an die Arbeiter in solchen Fällen auch eine Rechtsbelehrung beisteht. Dieses geschah in diesem Falle nicht, was wohl mit Schuld ist, dass der Arbeiter die Frist versäumte. Dieses Verlangen ist um so berechtigter, als für Brauchen eine ministerielle Verfügung besteht, die die Erteilung von Rechtsbelehrungen vorschreibt. III. Beweist dieser Fall wieder nur Genüge, dass Be-

lehrungen über die sozialen Geschehe unbedingt notwendig sind. Soll jeder erst durch Schaden klug werden, kostet dieses teures Lehrgebärd. Unmöglich ist doch diese Weiterbildung nicht, wenn sie auch Opfer erfordert.

## Social.

### Krise und Arbeitslosenfürsorge.

Ein gutes Jahr durfte es jetzt her sein, daß die wirtschaftliche Krise von Amerika kommend, sich über die hauptsächlichsten europäischen Industrieländern hin ergoss, um hier dann in den folgenden Monaten mit aller Gewalt einzusezen. Mußte man auch nach den bisherigen Erfahrungen unserer Wirtschaftsentwicklung auch darauf gesäßt sein, daß auf den Zeitraum stärkster Anspannung unserer Produktivkräfte in Industrie und Handel ein Abschlag nicht ausbleiben konnte, so kam die jetzige Krise doch noch unerwartet schnell und düste in ihrer Intensität einen gewissen Grad der Überraschung bei den Betreffenden sicherlich berechtigt erscheinen lassen.

Geraade der Unstand des schnellen Eintretens drückt der momentanen Krise ihr charakteristisches Gepräge auf: dementsprechend auch ihre Folgen, speziell auf dem Arbeitsmarkt. Wenn man auch vielfach um Arbeitserlassungen noch zu verhüten, dazu überging, durch Arbeitszeitverkürzung die Produktion einzuschränken und den Warenmarkt von weiteren Zufuhren freizuhalten, so war eine Verminderung der Arbeitskräfte in den industriellen Betrieben doch nicht immer zu umgehen. Eine Belebung der Produktionslust ist in der nächsten Zeit noch kaum zu erwarten, anderseits wird der Winter erfahrungsgemäß eine Reihe von Arbeitskräften auf den Markt, für die der Sommer für gewöhnlich regelmäßige Beschäftigung zu haben pflegt.

Alle die Nachteile, welche die Arbeitslosigkeit sowohl für den einzelnen wie für die Gesamtheit, für den Staat und das allgemeine Wohl nach sich zieht, aussichtsreicherweise Verbitterung aus und gibt den besten Nährboden ab für destruktive Bestrebungen radikaler Art, die der öffentlichen Ordnung, dem ruhigen Gang der Staatsmaschine und der Fortentwicklung des Gemeinwesens ganz gewiß nicht von Nutzen sind.

Abgesehen davon, daß durch die Arbeitslosigkeit die Gemeinden finanziell belastet werden, sollte schon der lehrwährt Umstand diejenigen veranlassen, durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit den schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit nach Kräften vorzubeugen. Das kann einmal geschehen auf dem Wege der sogenannten Notstandsarbeiten, sodann aber auch vor allem auf dem Wege freier Arbeiten. Die Gemeinde kann, soweit das Wetter es z. B. erlaubt, Arbeiten, die vielleicht erst im Frühjahr dringend werden, schon jetzt im Winter herstellen lassen, und somit einer Reihe arbeitswütiger Hände Beschäftigung und deren familiens Brot bieten. Auch sonst könnte sie jetzt schon Aufträge verteilen, deren Erledigung in Zeiten starker Beschäftigung oft lange auf sich warten läßt, die jetzt aber in aller Ruhe fertiggestellt werden, und nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die Handwerker über die schlimmsten Zeiten der Krise hinweghelfen können.

Nach dieser Richtung hin die Gemeinden an eine Art sozialer Pflicht zu erinnern, ist Sache der Arbeiterorganisationen. Sie müssen die große Dassentlichkeit über den Umfang der Arbeitslosigkeit sowie deren schlimme Folgen zu informieren suchen, und um dazu die Unterlagen zu gewinnen, Arbeitslosenzählungen veranstalten. Da erfahrungsgemäß die Arbeitslosigkeit in den größeren Städten ausgedehnter zu sein pflegt, als in den mittleren und kleineren, müssen die Zahlstellenleitungen die jüngeren unverheirateten Mitglieder auffordern, die Großstädte zu verlassen, um hier den Arbeitsmarkt im Interesse der vorbereiteten Kollegen zu entlasten.

Sollen die Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit von Erfolg sein, so ist es notwendig, daß sie rechtzeitig vordereitet werden. Deshalb dürfte wohl die Mahnung berechtigt sein, schon jetzt die Frage der Arbeitslosigkeit im Winter die volle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

### Arbeiterhaus und Arbeiterkasse.

Von erfahrenen Sozialpolitikern ist von jeher bekannt worden, daß die besten Arbeitsschutzvorschriften ihren Zweck nicht voll erreichen können, wenn nicht seitens der Arbeiterschaft selbst an deren Durchführung verständnisvoll mitgearbeitet wird. Eine bemerkenswerte Bestätigung findet dieser Satz in einem Artikel im neuesten Heft (Bd. 27, Heft 2) des „Arbeits für Sozialwesen und Sozialpolitik“.

In welchem her bekannte württembergische Gewerbeaufsichtsbeamte Bauer Hardegg den im Frühjahr im Reichstag eingebrachten Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung bespricht und wo er ausführlich:

Es ist ganz selbstverständlich, daß bei der Durchführung der vom Bundesrat erlassenen Verordnungen ohne die Mitteilung der Arbeiterschaft diese Vorschriften ihren Zweck gar nicht oder doch nur sehr unvollkommen erfüllen. Es war von außerordentlichem Wert, daß die Arbeiterorganisationen und Arbeiterkassen sich von vornherein ihrer Aufgabe bewußt waren, an Hand dieser Bundesratverordnungen aufzukreis und belehrend in Arbeiterschaften zu wirken. Gerade die Gewerkschaften haben hier viel getan, ihre Mitglieder zu schulen und deren Andenken zu bekämpfen, um ihrer Organisationen und Anordnungen, die zum Körperlichen Arbeitsschutz erlassen worden sind. In den Jahresberichten der württembergischen Gewerbeaufsichtsbehörden hat der Verfasser dieses schon vor Jahren immer wieder auf das wachsende Verständnis für hygienischen und technischen Arbeitsschutz in den Reihen der Arbeiter selbst hingewiesen. Es sollte die Arbeiterschaft darin ständig unterstützt werden durch Erweiterung ihrer Bildungsanstalten, durch Vorträge, gleichgültig, wer sie hält, damit immer weitere Schichten zum Verständnis der ihren Schutz betreibenden Einrichtungen und Verordnungen erzogen werden. Nur dadurch werden die mehr oder minder berechtigten Klagen verstummen, daß der Arbeiter wenig oder nichts zur Durchführung seines körperlichen und geistigen Arbeitsschutzes beitragen.

An dieser Auflösungskartei haben sich bisher in hoch anzuerkennender und selbstloser Weise die Gewerbeaufsichtsbeamten beteiligt. Auch Aerzte haben sich hier und da zu Vorträgen, namentlich gewerbehygienischer Art, bereit gefunden lassen. Die Gewerkschaften und vor allem deren Beamte können auf diesem Gebiete nicht genug tun.

### Ein Krankenkassen-Viertertag

findet auf Beschluss des Ortskörpers der christl. Gewerkschaften Münster am Mittwoch, den 18. November (Feiertag) statt. Die Verhandlungen beginnen nachmittags 2½ Uhr im Arbeitervereinsaal, Schillerstraße Nr. 46. Das Referat über Reform der Arbeiterverjährungsgezeuge hat Herr Volksbüro-Vorsteher Tieck-M. Gladbach übernommen. Gred der Konferenz ist, der Deutschnationalen die Wünsche der Arbeiter zu dieser Reform zu unterbreiten. Ohne eine bestimmte Grenze zu ziehen, sind vornehmlich die Kassenvertreter u. a. des Regierungsbezirkes Münster eingeladen. Über Entsendung von Vertretern, sowie über Kosten für Fahrt und Speisen verständigen sich zweckmäßig die konfessionellen Vereine und christl. Gewerkschaften.

### Gemeindliche Arbeitslosenunterstützung in Belgien.

Belgien gehört wohl zu den Staaten, die in der kommunalen Arbeitslosenunterstützung etwas zu leisten versuchen. Das bekannte System der Stadt Gent, das in Zuschüssen an die Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder besteht, ist bekanntlich auch in Deutschland u. a. von der Stadt Straßburg kopiert worden. Aber auch in Belgien selbst ist von verschiedenen Gemeinden das Genter-System zur Anwendung gebracht. Die amtliche „Revue Du Travail“ gibt in Nr. 13 folgende Zahlen über die Wicklamkeit der gemeindlichen Arbeitslosenfonds:

Jahr	Satz der Fonds	Satz der Gemeinde	Satz der eingetragenen Gewerkschaften	Satz ihres gelehrten Unterhalts	Von den Gemeinden gelehrte Hilfe	Hilfe bei der Verantwortung	Satz der Gemeinde	Satz der Gewerkschaften	Satz der Zusage	Satz der Unterstützung
1901	2	2	24	17 895	6 254	36	2 089	6 676		
1902	6	8	98	65 274	29 167	44	3 211	32 219		
1903	9	14	129	67 137	38 17	54	2 835	39 891		
1904	11	15	128	81 150	46 362	57	2 825	50 604		
1905	14	18	131	66 363	35 498	53	8 400	55 735		
1906	14	25	229	82 716	46 63	52	5 019	71 939		
1907	14	27	264	159 957	74 199	46	8 750	113 726		

Neben den verhältnismäßig Zuschuhleistungen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen nach Maßgabe der gezahlten Unterstützung bestehen noch vier Arten der Arbeitslosenfürsorge; Unterstützung von Einzelpersonen, Unterstützung von Arbeitslosen, die gemeinsam sparen, Unterstützung sozialer Arbeitslosen und Gewährung festler Zuschüsse an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen. Sie alle haben keine wesentliche Bedeutung erlangt. Es wurden z. B. im Jahre 1907 an 13 Einzelpersonen 245 Frs. gezahlt, an 202 unorganisierte Arbeitslose 2538 Frs. In früheren Jahren waren die Zahlen teilweise noch niedriger. Leider haben sich in Deutschland die Gemeinden noch schlecht zu einer solchen Anerkennung der Gewerkschaften versteht können, wie sie in diesem Unterstützungsystrem zum Ausdruck kommt. Wie lange noch?

### Literarisches.

Fährbuch der christlichen Gewerkschaften 1909 ist soeben im Verlage des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmar. 14, erstanden. Zweiter Jahrgang. Preis 1 Mark. Für Mitglieder durch die Vorstände bezogen 50 Pf. Unentbehrlich für jeden Gewerkschaftler. Das Fährbuch enthält nebst einem Geschichtskalender der württembergischen Gewerkschaften und einem ausführlichen (66 Seiten

umfassend) Kalenderarium, sowie einer Anzahl freier Notizblätter folgende umfangreiche Aussätze: 1. Die christlichen Gewerkschaften in 1907. 2. Der Einfluß des Zürcher internationalen Arbeiterschutzbundes auf die christliche Arbeiterbewegung Deutschlands. 3. Die Sozialgesetzgebung des Deutschen Reichs 1907-08. 4. Die Gewerkschaftsfrage in den evangelischen Arbeitervereinen. 5. Arbeiterversicherung und Vertreterwahlen. 6. Unsere Gewerkschaftsstelle. Ferner eine Anzahl interessanter Mitteilungen, u. a.: 1) Das Reichsvereinigungsgesetz, 2) die hauptsächlichsten Erzeugnisse und Verbrauchsartikel aller Länder, 3) hundert gebräuchliche Wortformen für Steinen im Auslande (franz., engl., italienisch), 4) Prezgebote für Mitarbeiter an Zeitungen, 5) Gebote für Diskussionsredner, 6) Zahl der 1906 der Gewerbeinspektion unterstellten Anlagen und Arbeiter, 7. der Eisenbahnverkehr, 8. die höchsten Bauwerke, 9. die längsten Eisenbahntunnels, 10. die größten Plätze Europas, 11. Adressenverzeichnis der christl. Gewerkschaften, 12. Münzenabzeichen, 13. Posttarife usw. — Durch die Geschäftsstelle unseres Verbandes zu beziehen. Ein vorwärtsstreibender Kollege wird ohne das Handbuch nicht auskommen können.

### Briefkästen.

**D. Sch.** Bei der Kassenrevision können außer dem Kassier und den Reviseuren auch die anderen Vorstandsmitglieder anwesend sein. Unbedingt erforderlich ist die Anwesenheit aller Vorstandesmitglieder gerade nicht. — Nach Dirceu. Die Frage können wir nicht beantworten, wissen übrigens aber auch nicht, was dies für einen Zweck haben sollte.

### Agitationsbereich Duisburg.

Den Kollegen des Bezirks, sowie den Zu- und Durchreisenden zur Kenntnis, daß die Geschäftsstelle Duisburg-Ruhrort von Kaiserstr. 118 nach Schulstr. 11 verlegt ist. Alle Unterstützungen werden dort ausbezahlt. Sprechstunden: Montag, Mittwoch und Samstag, morgens von 9-1, nachmittags von 3-8 Uhr. Krankengeld wird nur Samstag morgens ausbezahlt. Sämtliche für den Bezirk oder die Ortsverwaltung Duisburg II betreffenden uschritten sind zu richten an Frau Franzen, Duisburg-Ruhrort, Schulstr. 11, Telefon 674, Amt Ruhrort.

### Versammlungs-Kalender.

Übere zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschaftler in seiner Versammlung fehlen.

**Bremen.** Sonntag, den 7. November, Versammlung.

**Crefeld.** Sektion der Elektromontiere. Am 31. Oktober, Samstag abends 8½ Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Schulze.

**Dortmund (Sektion Kleingewerbe).** Mittwoch, den 4. Nov., abends 1½ Uhr im Gewerkschaftshaus Versammlung. Vortrag des Kollegen Kreit. Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.

**Duisburg I.** Sonntag, den 1. November, von 11 Uhr, im kleinen Saale des Arbeitshauses, Seitenstr. 19, außerordentliche Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlung. Beratung der Winteragitation. Zu derselben sind auch alle anderen elstigen Kollegen eingeladen, die zur Mitarbeit bereit sind.

**Duisburg-Buchholz.** Sonntag, den 1. November, nachm. 5 Uhr, bei Hömer.

**Düren.** Sonntag, den 8. November General-Versammlung.

**Durlach.** Sonntag, den 1. November, nachmittags 4 Uhr, Versammlung mit Vortrag des Kollegen Thelen.

**Essen.** (Schlosser und Schmiede der Kleingewerbe.) Samstag, den 31. Oktober, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße 19.

**Essen-Holsterhausen.** Sonntag, den 1. November, vormittags 11 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale Buchner, Hobelienstraße. Referent: Kollege, Arbeitersekretär Huhr.

**Essen-Steele.** Sonntag, den 1. November, vormittags 11 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale Honig, Chausseestraße.

**Essen-Dellwig.** Sonntag, den 1. November, nachm. 5 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Hoffstatt, Sternstraße.

**Ortsgruppe Frankfurt a. M.** Am Freitag, den 18. November nach Feierabend, im Lokale bei H. Christ, Höchsterstraße die monatliche Versammlung des Unterrichtslursus unter Leitung des Verkäuferkollegen Kollege Scherer, für sämtliche Betriebe des Gallusviertels, wozu kein Kollege fehlen darf.

**Gelsenkirchen (Ortsverwaltung).** Samstag, den 31. Oktober abends 8 Uhr allgemeine Mitglieder-Versammlung bei Dirkes. Referent Kollege Klotz, Essen.

**Geislingen (Wittbg.).** Nächste Versammlung am 2. November, Karlsruhe. Sonntag, den 1. November, vormittags 10½ Uhr Haupt-Gesamtversammlung mit Vortrag des Bezirksleiters Kollege Thelen.

**Neustadt a. d. W.** Nächste Versammlung findet am Samstag, 31. Oktober, abends 9 Uhr im Lokale „Sebastian am Strohmarkt“ statt. Vortrag des Kollegen Bernzolt über die bevorstehenden Gewerdegerichtswahlen.

**Stürenberg.** Zuletzt ersten Samstag im Monat Versammlung im goldenen Löwen, Theresienplatz. Unterstützungen werden im Sekretariat, Schönstraße 50, ausbezahlt.

**Schweidnitz.** Sonnabend, den 7. November 1908, abends 8 Uhr, im Waldschlößel Vortrag des Karlsruherhenden Kollegen Sauer und Schmidlin.

**Siegen.** Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt Hagenstraße 10/1. Dasselbe werden von jetzt an die Erwerbslosen-Abstufungen entgegen genommen und die Unterstützungen ausbezahlt. Ebenfalls finde dasselbe an jedem Freitag die Zeitungsausgabe statt.

**Unterkochen.** Sonntag, den 8. November, nachmittags 3 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokal „Dirk.“

**Wasserburg.** Sonntag, den 8. November, vormittags 10½ Uhr im Lamm Mitglieder-Versammlung. Referent: Kollege Hollstein.

**Wehrmar.** Sonntag, den 1. November, nachm. 6 Uhr, bei Althoff, Mitgliederversammlung. Referent Kollege Balderz-Böhm.